

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1906

101 (11.4.1906) Viertes Blatt

Karlsruher Tagblatt.

Nr. 101. Viertes Blatt.

Mittwoch, den 11. April

(Folgt ein fünftes Blatt.) 1906.

□ Karlsruher Bürgerausschuß.

Sitzung vom Donnerstag den 5. April 1906.

Beginn 8 Uhr mittags. — Anwesend 76 Mitglieder.

Stadtv. Friedberg meldet sich zur Geschäftsordnung zum Wort und beantragt Schluß der Generaldebatte.

Stadtv. Eichhorn spricht dagegen.

Hierauf wird der Antrag Friedberg angenommen.

Zum Voranschlag des Stadtgartens beantragt Stadtv. Goldschmit namens der Voranschlagskommission Annahme dieses Voranschlags.

Oberbürgermeister Schneckler: Der Stadtverordnete Fröhlich habe gewünscht, daß Rentabilitätsberechnungen der einzelnen städtischen Unternehmungen im Voranschlag gemacht würden. Dazu sei aber der Voranschlag nicht der geeignete Ort, dieselben gehörten in der Verwaltungsberichte, in denn sie auch erscheinen würden.

Stadtv. Brandel wünscht, daß mehr als bisher an den Sonntagmorgen im Stadtgarten Konzerte stattfinden, die dem Arbeiter die einzige Gelegenheit böten, derartige Veranstaltungen zu besuchen. Wenn die Schülerkapelle nicht ausreiche, solle man andere Kapellen beiziehen; sodann solle man dafür sorgen, daß die Volksschulen den Stadtgarten mehr besuchen könnten, namentlich zur Belehrung in der Botanik, und endlich sollte man gestatten, daß nicht nur die unter 10 Jahre alten, Kinder von Abonnenten freien Zutritt haben, sondern man sollte gestatten, daß jeder Besucher des Stadtgartens seine Kinder unter 10 Jahren ohne Eintrittsgeld mitnehmen dürfe, damit auch die Arbeiter ihre oft recht zahlreichen Kinder einführen könnten.

Stadtv. Friedberg: Der Stadtgarten sei eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges und gut verwaltet. Weniger treffe dies bei dem Tiergarten zu. Der Zustand namentlich der kleinen Haustiere sei wegen mangelhafter Käfige ein schlechter. Es seien auch eine Anzahl Tiere, so sämtliche Affen, eingegangen; es fehle an Aufzucht, die man durch höhere Prämien an die Wärter heben könne. Der Tiergarten habe auch eine belehrende Wirkung, und schon deshalb solle man ihm Aufmerksamkeit schenken. Er frage an, wieviel Sitzungen die Stadtgartenkommission im letzten Jahre gehalten habe.

Oberbürgermeister Schneckler erwidert, die Zahl der im vorigen Jahre abgehaltenen Sitzungen der Stadtgartenkommission sei ihm augenblicklich nicht gegenwärtig. Die Affensterblichkeit im vorigen Winter sei auf eine von einem geschnittenen Tier eingeschleppte Seuche zurückzuführen. Die Anregung, den Tiergarten reichlicher zu bedenken, sei beachtenswert. Zu den Ausführungen des Stadtv. Brandel bemerke er, daß schon jetzt bei gutem Wetter fast jeden Sonntag vormittag Konzerte der Schülerkapelle stattfänden; auch hätten die Volksschulen, sogar auch auswärtige, freien Zutritt. Die Frage, ob auch Kinder von Nichtabonnenten, sofern sie noch unter 10 Jahren alt sind, freien Zutritt bei gleichzeitigem Besuch des Stadtgartens mit ihren Eltern haben sollten, werde man prüfen und zunächst der Stadtgartenkommission unterbreiten.

Stadtv. Schumacher kommt auf die mangelhafte Ventilation der Festhalle zu sprechen, die sehr leicht Erkältungen verursachen könne, er empfehle zur Ventilation nur die Seitenfenster zu öffnen, die Fenster über dem Haupteingang aber geschlossen zu lassen.

Oberbürgermeister Schneckler: Diese Frage sei schon öfters in der Stadtgartenkommission erörtert worden, eine ideale Lösung zu finden, sei unmöglich. Wenn der eine über Zug klage, wünsche ihn der andere. Allen könne man es nicht einmal in dieser Frage recht machen. Man werde ein Augenmerk auf diese Sache haben; er wisse aber nicht, ob dabei etwas allseitig Befriedigendes herauskommen werde.

Stadtv. Thiergarten empfiehlt den vom Stadtv. Brandel geäußerten Wunsch, daß man die unter 10 Jahre alten Kinder aller Besucher des Stadtgartens unentgeltlich einlassen solle.

Hierauf wird der Voranschlag der Stadtgartenkasse genehmigt.

Stadtv. Kern berichtet über den Voranschlag der Badeanstaltenkasse und beantragt Annahme.

Stadtv. Emmele: An den Stadtrat sei eine Eingabe gerichtet worden wegen Errichtung eines Luft- und Lichtbades, er empfehle diese Eingabe mit Rücksicht auf die bevorstehende Aufhebung des Sonnenbades in Veiertheim.

Stadtv. Maier: Das schon seit langer Zeit bestehende freie Bad in der Alb, das z. Bt. nicht im Stand sei, möge man wieder zweckentsprechend einrichten, auch könnte man die von der Militärverwaltung aufgegebene Militärschwimmschule auf die Stadt übernehmen.

Oberbürgermeister Schneckler: Der an den Stadtrat gelangten Petition wegen des Licht- und Luftbades stehe er sympathisch gegenüber und habe die Vertreter dieser Sache, welche bei ihm vorgespochen hätten, aufgefordert, geeignete Vorschläge zu machen. Vielleicht eigne sich das Gelände an der Ruppurrerstraße beim Rennplatz, wo auch Wasser vorhanden sei, evtl. käme ein Gelände im mittleren See in Betracht.

Er habe die Vertreter aufgefordert, diese Plätze anzusehen, wenn sie sich nicht eigneten, so müsse man zuwarten, bis durch die bevorstehenden Eingemeindungen geeignetes Gelände gewonnen werde. Dem Stadtv. Maier könne er bezüglich seiner Wünsche wegen des Bades in der Alb keine Hoffnungen machen. Das Baden werde voraussichtlich überhaupt verboten werden; die Militärbehörde habe die Schwimmschule deshalb aufgehoben, weil auf Grund erhobener Gutachten festgestellt wurde, daß das Wasser in der Alb derart verunreinigt ist, daß das Baden darin direkt die Gesundheit gefährdet. Es sei allerdings ein Bedürfnis nach einem Bad im Freien vorhanden, diesem könne aber erst dann abgeholfen werden, wenn längere Strecken der Alb in die städt. Gemarkung übergegangen seien. Man könne dann vielleicht ein Bassin in der Nähe der Alb ausgraben, welches durch Druckwasser von der Alb, das durch Filtration im Boden gereinigt sei und durch Grundwasser gespeist werde.

Stadtv. Stoffel bemerkt, daß früher die Brausen im Vierordtbad größer gewesen seien; sie seien jetzt aber wegen zu großem Wasserverbrauch verkleinert worden, das sei ein Mißstand; er bitte um Wiederherstellung des früheren Zustandes.

Oberbürgermeister Schneckler sagt Prüfung in dieser Sache zu; bittet aber, derartige Mißstände alsbald nach Wahrnehmung bei der Gemeindebehörde anzuzeigen und damit nicht bis zu den Voranschlagsberatungen zu warten.

Stadtv. Käppeler erklärt, solche Wünsche hätten auch bei ihm als Inspektor des Bades angebracht werden können. Im Allgemeinen sei zu bemerken, daß allseits das Vierordtbad gelobt werde.

Hierauf wird dieser Voranschlag genehmigt.

Ebenso wird der Voranschlag der Rheinbahnkasse, nachdem über ihn Stadtv. Weber berichtet, angenommen.

Ueber den Voranschlag der Schlacht- und Viehhofkasse berichtet Stadtv. Kern und empfiehlt dessen Annahme.

Stadtv. Schaufelberger wünscht die Abschaffung oder Herabsetzung der Fleischbeschaugebühren mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise. Außerdem solle man einen Großviehmarkt ohne Marktgebühren einrichten. Es werde sich dann zeigen, ob unsere Bauern im Stande seien, den Marktbedarf wirklich zu decken. An dem Gebäude der Freibank sei die Anbringung eines Vordachs in dem Voranschlag vorgesehen. Er empfehle einen Vorbau mit Glasverschlus vor dem Eingang anzubringen, damit die Besucher nicht nur vor Regen, sondern auch vor Wind und Kälte geschützt seien. Weitere Wünsche bezüglich des Schlachthofes behalte er sich vor, bis die Vorlage wegen Erweiterung desselben eingebracht werde.

Oberbürgermeister Schneckler: Die Beschaugebühren könnten nicht aufgehoben werden; die Metzger seien verpflichtet, nur gesundes Fleisch zu liefern, und hätten deshalb auch die hierfür entstehenden Kosten, wozu die Beschaugebühren gehören, zu tragen. Einen Gewinn am Schlachthof mache die Stadt nicht, wenn man die Jahre hindurch die Einnahmen und Ausgaben zusammenrechne.

Ebenso stehe es mit den Marktgebühren. Die Erstellung eines Vorbaues statt eines Vordaches an der Freibank werde geprüft werden.

Stadtv. Zinser bemerkt wegen des Vordaches, daß, wie der geschäftsleitende Vorstand beim Hochbauamt sich vergewissert habe, tatsächlich ein Vorbau, nicht ein Vordach, projektiert sei.

Stadtv. Kern: Der Stadtv. Schaufelberger habe die Aufhebung der Beschau- und Marktgebühren im Interesse der Fleischverbilligung gewünscht. Doch machten diese Gebühren nur einen geringen Betrag gegenüber dem aus, was im Zwischenhandel verdient werde. Es komme jetzt vor, daß bei der mangelhaften Organisation des Absatzes man draußen im Land das prachtvollste Vieh stehen sehen könne, ohne daß es gekauft werde. (Anruhe.) Er schlage deshalb zur Linderung der Fleischverteuerung vor, daß der Stadtrat im Vernehmen mit den Metzgern sich mit den Landgemeinden in Verbindung setze, um den Handel zu vereinfachen. Bei direktem Absatz ohne Zwischenhandel würden die Fleischpreise herabgemindert werden.

Stadtrat Käppeler: Was Stadtv. Kern von dem prachtvollen Schlachtvieh, das draußen herum stehe, gesagt hat, sei durchaus unrichtig. Es sei schon einmal eine derartige Nachricht aus dem Oberlande durch die Zeitungen gegangen, und die Metzgerinnung in Freiburg habe damals an Ort und Stelle festgestellt, daß sie unwahr war. Was den direkten Verkehr mit den Produzenten anbelange, so habe die Metzgerinnung einen Versuch gemacht und Anfragelkarten hinausgegeben. Das habe aber nichts genützt, und die Metzger könnten alle ihr Handwerk aufsteden, wenn sie mit dem Vieh, das ihnen hierauf angeboten wurde, ihr Geschäft betreiben wollten. (Beifall.)

Stadtv. Kern: Er könne sehr wohl vertreten, was er gesagt habe. Wichtig sei, daß das Innland den Viehbedarf nicht allein decken könne, und daß Einfuhr nötig sei. Sache der Regierung sei es hier einen Weg

zur Beseitigung der Schwierigkeiten zu finden. Er halte nach wie vor an seinem Vorschlag fest, daß die Städte mit den Bürgermeisterämtern der Landgemeinden ins Benehmen treten und darauf hinarbeiten sollten, den Marktauftrieb zu vergrößern, damit die hiesigen Metzger ihren Bedarf hier decken könnten.

Stadtv. Maurer: Fleischnot sei in hohem Grade vorhanden; das, was der Stadtv. Kern vorschläge, seien Mittelschichten, die keinen Erfolg versprächen; er müsse sagen, daß lediglich die agrarischen Maßnahmen der Regierung an der Fleischnot schuld seien.

Stadtv. Willi: Wenn man auch zugeben müsse, daß eine Beschaugebühr erhoben werde, so sei doch die Frage zu erwägen, ob man nicht die Schlachtgebühren wenigstens zeitweise aufheben solle. Die Aufhebung würde eine, wenn auch nur mäßige Erleichterung herbeiführen, grundsätzlich könnten allerdings nur andere Mittel helfen. In dieser Frage sei aber eine kräftige Sprache nötig, wenn auch der Stadtrat Binz gestern der Meinung gewesen sei, daß eine solche Sprache nichts nütze. Es wäre besser, auf diesem Gebiete etwas zu tun, anstatt bei jeder Gelegenheit Reden gegen die Sozialdemokraten zu halten. Man müsse dafür sorgen, daß die arbeitenden Klassen nicht gezwungen seien, ihre Lebenshaltung einzuschränken.

Oberbürgermeister Schuetler: Eine Fleischnot sei vorhanden und zwar deswegen, weil die Grenzen gesperrt seien, nicht etwa aus sanitätspolizeilichen Gründen, sondern, wie er überzeugt sei, aus sanitätspolizeilichen Vorwänden. (Beifall.) Selbstverständlich sei er entschieden dafür, daß der inländische Viehbestand geschützt werde. Allein wenn ausländisches Vieh direkt vom Ausland in die Schlachthöfe eingeführt und unter Beachtung der erforderlichen sanitären Maßnahmen (Desinfektion der Wagen usw.) sofort abgeschlachtet werde, sei nach fast übereinstimmender Ansicht der Tierärzte städt. Schlachthöfe eine Seuchengefahr nicht vorhanden. Die Aufhebung der Schlacht- und Beschaugebühren nütze nichts, deren Aufhebung hätten auch die Herren vom Landwirtschaftsamt vorgeschlagen, gewiß nicht weil eine Minderung der Fleischsteuerung dadurch eintreten würde, sondern weil sie hofften, durch Beseitigung dieser Gebühren den Viehproduzenten noch weitere Vorteile zuzuwenden. (Beifall.) Den Vorschlag des Stadtv. Kern habe man schon früher geprüft, sei aber zur Ueberzeugung gekommen, daß auf diesem Wege nichts erreicht werde. In Wien habe man versucht, den Viehhandel zu kommunalisieren, es habe sich aber dieser Versuch als verfehlt erwiesen. Ihm selbst sei höchst zweifelhaft, ob die Stadt ein gewandter Viehhändler sein könne. Wenn bei den Landgemeinden Neigung bestünde, mit den Städten ins Benehmen zu treten, so werde man das gerne annehmen, allein er glaube nicht, daß die Landbevölkerung in dieser Richtung etwas tun werde. Dagegen wolle die Stadt, um wenigstens für das städt. Bedürfnis zu sorgen einen Versuch machen, Schweine aufzumästen. Dieser Versuch sei verhältnismäßig einfach durchzuführen und werde zeigen, wie es mit der Rentabilität stehe. Sodann denke die Stadt auch daran, Kühe anzuschaffen, um für die städt. Anstalten Milch zu beschaffen. Sie Stadt brauche jetzt schon für 30 000 \mathcal{M} jährlich Milch. Die Prüfung dieser Frage sei aber noch nicht abgeschlossen.

Stadtv. W. Weiß rät ab, Schweine aufzumästen oder sich in den Viehhandel einzumischen, man würde da nur Lehrgeld bezahlen müssen.

Hierauf gelangt der Voranschlag der Schlacht- und Viehhofkasse zur Annahme.

Der Voranschlag der Spar- und Pfandleihkasse wird, nachdem ihn der Stadtv. Ettlinger namens der Kommission zur Prüfung des Voranschlags befürwortet hatte, angenommen.

Zum Voranschlag der Gaswerkstasse berichtet Stadtv. Weber: Es habe ihn gefreut, daß der einheitliche Gaspreis in Aussicht genommen sei. Es sei bei der Festsetzung des Einheitspreises aber zu beachten, daß die Kohlenpreise voraussichtlich in die Höhe gehen würden, namentlich weil ein Steigen der Arbeitslöhne der Bergwerksarbeiter zu erwarten sei. Die Ablieferung des Gaswerks habe dieses Jahr 923 000 \mathcal{M} betragen, er hoffe, daß sie im nächsten Jahre eine Million betragen werde. Bei dieser günstigen Lage, könne man eine Reform des Tarifs in Aussicht nehmen. Er beantragt Genehmigung des Voranschlags.

Stadtv. Riby: Auf zwei Dinge wolle er hier zu sprechen kommen, einmal auf die Festsetzung des Einheitspreises, sodann auf die Verlegung des Gaswerks I nach dem Osten zu Gaswerk II. Die Herabsetzung des Leuchtgaspreises werde mit Spannung erwartet, ohne genaue Unterlage könne man aber einen bestimmten Vorschlag hinsichtlich des künftigen Satzes nicht machen, nur glaube er, daß man nicht auf einen Einheitspreis von 12 \mathcal{S} , wie der Stadtv. Frühauß gemeint habe, kommen könne. Man solle nicht zuputzen, bis eine Herabsetzung auf 12 \mathcal{S} möglich sei, sondern möglichst bald einen Einheitspreis wenigstens von 14 \mathcal{S} annehmen. Der derzeitige Zustand habe namentlich wegen der zahlreichen Gasmesser und Röhren in den Häusern sehr zu wünschen übrig gelassen. Auch die Beschaffenheit des Gases sei wegen ungenügender Reinigung nicht einwandfrei und führe zu Verstopfungen der Leitungen, hier solle man auf Abhilfe bedacht sein. Bei der Verlegung des Gaswerks I nach dem Osten sei zu beachten, daß auch die derzeitigen Bureaus und die Magazine und Verwaltungsgebäude nötig. In dieses Verwaltungsgebäude könne man auch die Verkaufsstelle des Gaswerks von der Kaiserstraße verlegen, zumal sie sich gar nicht rentiere. Eine Uebernahme der Verkaufsstelle durch eine Genossenschaft der vereinigten Metzger und Instillateure empfehle er nicht, eher solle man das jetzige Verkaufstotal als Ausstellungslokal verwenden, und dort auch namentlich die Apparate ausstellen, welche vom Tiefbauamt in dessen Geschäftsbereich vorge-

schrieben seien. Die Fabrikanten würden eine derartige Ausstellungslokal gerne benützen. Redner anerkennt sodann die Tätigkeit der Beamten und Arbeiter des Gaswerks.

Stadtv. Tiergarten begrüßt ebenfalls die bevorstehende Einführung des Einheitspreises.

Stadtv. Brandel empfiehlt einen Einheitspreis von 12 \mathcal{S} wie Stadtv. Frühauß. Man solle hier ganze Arbeit machen, damit auch bei den Arbeitern die alten Defen und schlechten Dichter möglichst verschwinden. Der Gasverbrauch werde so steigen, daß ein Einnahmeausfall nicht eintreten werde. Er empfehle die Einführung des 8 Stundentags der Arbeiter im Gaswerk.

Stadtv. Frühauß: Der Vorschlag des Stadtv. Riby, die Verkaufsstelle des Gaswerks als Ausstellungslokal zu verwenden, sei empfehlenswert. Der Stadtv. Riby habe bei seinen Ausführungen unberücksichtigt gelassen, und dies tue, so fürchte er, auch der Stadtrat, daß der Gasverbrauch durch die Verbilligung steigen werde. Den künftigen Mehrverbrauch könnte man durch Erhebung bei den Interessenten feststellen. Auch bei dem Elektrizitätswert sei in Folge der Verbilligung eine Erhöhung des Verbrauchs eingetreten. Bei einem Einheitspreis von 14 \mathcal{S} sei eine Abnahme des Verbrauchs des Kochgases zu befürchten, namentlich bei den kleinen Leuten und deshalb sei die Festsetzung eines Einheitspreises von 14 \mathcal{S} auch sozial ungewöhnlich.

Oberbürgermeister Schuetler: Die Erhebungen, die Stadtv. Frühauß vorgelegt habe, seien unmöglich. Diejenigen, welche es mit der Wahrheit genau nehmen, würden keine Auskunft geben können, wieviel Gas sie bei Herabsetzung des Preises brauchen würden, andere, die ein Interesse an der Herabsetzung hätten, würden unrichtige Angaben machen. Bei dem derzeitigen Preis habe der Erlös im letzten Jahr betragen: 744 000 \mathcal{M} für Leuchtgas (Preis 18 \mathcal{S} pro cbm), 435 000 \mathcal{M} für Koch- und Heizgas (Preis 12 \mathcal{S} pro cbm), 77 000 \mathcal{M} für Motorgas (Preis 12 \mathcal{S} pro cbm), 74 000 \mathcal{M} für Automaten gas (Preis 15 \mathcal{S} pro cbm), 52 000 \mathcal{M} für Flammentage. Der Erlös hätte betragen bei einem Einheitspreis von 14 \mathcal{S} 588 000 \mathcal{M} bei Leuchtgas, 508 000 \mathcal{M} bei Koch- und Heizgas. Es würde also ein Ausfall von 155 000 \mathcal{M} beim Leuchtgas eintreten, dagegen ein Mehrerlös an Heizgas von 72 000 \mathcal{M} ; außerdem würde sich ein Ausfall beim Automaten gas von rund 5000 \mathcal{M} ergeben, sodas der Erlös um 87 000 \mathcal{M} geringer gewesen wäre. Welche Verschiebungen im Konsum die Verbilligung des Leuchtgases einerseits und die Verteuerung des Heizgases andererseits bewirken werde, sei zum Voraus nicht zu berechnen. Da die meisten Konsumenten für beide Zwecke Gas brauchten, die Gesamtkosten aber in Folge der Tarifänderung sich ermäßigten, sei wohl eine Zunahme des Konsums zu erwarten. Immerhin müsse man vorsichtig sein, denn es sei, wie schon Herr Stadtv. Weber mit Recht bemerkt, auch zu beachten, daß die Kohlenpreise und die Arbeitslöhne voraussichtlich noch weiter steigen und daß das im Gaswerk angelegte Kapital sich durch Verlegung des Gaswerks I nach Gaswerk II bedeutend erhöhen werde. Wenn man jetzt gleich auf 12 \mathcal{S} herabgehe, so sei ein Hinausgehen später nicht mehr möglich, während man bei einer Festsetzung eines Einheitspreises auf 14 \mathcal{S} immer noch heruntergehen könne. Wenn der Stadtv. Frühauß gemeint habe, die Entwicklung des Elektrizitätswertes sei auf die Ermäßigung des Strompreises zurückzuführen, so sei das nicht ganz richtig. Die Zunahme sei nach der Ermäßigung nicht um so viel größer gewesen, daß sie die Verbilligung des Preises ausgleichen habe. Auch Nachfragen bei einzelnen Konsumenten über ihren Stromverbrauch hätten dies ergeben. Wenn man im vorigen Jahre den Strompreis von 60 \mathcal{S} beibehalten hätte, dann hätte die Stadt bei etwas geringerer Abgabe finanziell doch ein besseres Geschäft gemacht. Karlsruhe habe mit Heidelberg den geringsten Strompreis im Lande. Wie Ermäßigungen wirkten, könne man mit Bestimmtheit nicht voraus sagen. Mit Stadtv. Frühauß sei er grundsätzlich darin einverstanden, daß der Gaspreis so weit herabgesetzt werde, daß bei möglichst geringem Preis und möglichst großem Konsum der möglichst größte Gewinn erzielt werde. Er erinnere aber daran, daß man in München mit der Herabsetzung des Tram- bahntarifs auf 10 \mathcal{S} innerhalb der ganzen Stadt einen vollständigen Mißerfolg gehabt habe.

Stadtbaurat Reichard: Die Reinigung des Gases in den hiesigen Gaswerken ist eine gute und wird durch den Betriebs-Chemiker sorgfältig überwacht. Die Störungen in einzelnen Hausleitungen, welche wohl zu der Plage des Vorredners führten, sind lediglich durch Ablagerungen von Rost verursacht, der sich in den schmiedeeisernen Rohrleitungen mit den Jahren ansammeln kann. Naphthalin, das sich unter gewissen ungünstigen Verhältnissen der Temperaturen bei der Fabrikation und in der äußeren Luft auch in dem Gas bildet und in den Rohrleitungen sich auscheiden und zu Störungen Veranlassung geben kann, wurde in dem von uns untersuchten Inhalt der verstopften Privatleitungen nicht gefunden. Uebrigens haben wir bei dem Projekt für die Erweiterung des Gaswerkes auch den Platz für Apparate, welche das sich etwa bildende Naphthalin entfernen sollen, vorgesehen. Ein besonderer Vorzug der neuen Retortenöfen mit vertikal stehenden Retorten, welche kommenden Winter in verschiedenen Gaswerken in Betrieb kommen und auch für die Vergrößerung unseres Gaswerkes in Betracht gezogen sind, ist auch der, daß sich in denselben fast kein Naphthalin bildet.

Stadtv. Weiß bekämpft die Einführung des von der Sozialdemokratie insbesondere für die Gasarbeiter geforderten 8stündigen Arbeitstages, der der Stadtgemeinde einen Kostenaufwand von einigen 100 000 \mathcal{M} verursachen würde. Nur unter besonders gesundheitschädlichen oder aufreißenden Verhältnissen könne unter Umständen eine so kurze Arbeitszeit befürwortet werden, oder auch bei zunehmendem Dienstalter Arbeit-

erleichterungen gewährt werden. Im allgemeinen sprächen jedoch keinerlei triftige Gründe für den 8stündigen Arbeitstag. Die Herabsetzung der Arbeitszeit habe nur eine Verteuerung aller Dinge zur Folge. Er empfehle den vom Stadtverordneten Riby veröffentlichten Artikel in der Landeszeitung über diesen Gegenstand der Lesüre der Sozialdemokratie. Eine verderbliche Einwirkung habe der 8 Stundentag auf die zunehmende Abkehr von der landwirtschaftlichen Arbeit, wo 12—18stündige Arbeitszeit bestehe. Mit demselben Recht wie die Arbeiter könnten auch die Arbeiterinnen den 8 Stundentag verlangen, dann würde die Dienstbotennot noch erheblich zunehmen. (Heiterkeit.)

Oberbürgermeister **Schnecker** macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine letzten Ausführungen mit dem Voranschlag des Gaswerks nicht zusammenhängen.

Stadtv. **Weiß** verlangt dann noch, man solle die Arbeiter möglichst gut stellen aber an der Arbeitszeit festhalten, von deren Verkürzung niemand einen Vorteil habe.

Stadtv. **Willi** bemerkt, daß trotz der Vorlesung des Vorredners, die bereits vor einem Jahre angekündigt sei, die Notwendigkeit der Einführung des 8 Stundentags für die hiesigen Gaswerksarbeiter nicht zu bestreiten sei. In einer ganzen Anzahl von Gaswerken Deutschlands und auch Badens z. B. in Pforzheim sei die 8stündige Arbeitszeit eingeführt, ohne daß sich irgendwelche nachteilige Folgen bemerkbar gemacht hätten. Die Sozialdemokratie habe hier den 8 Stundentag noch nicht für alle Arbeiter gefordert, erachte ihn aber für alle Arbeiter für erstrebenswert. An der Verkürzung der Arbeitszeit sei noch keiner unserer Geschäftsleute zu Grunde gegangen. Wenn dem Arbeiter genügend Zeit verbleibe, um sich auszuruhen, so werde er leistungsfähiger sein. Könne die Sozialdemokratie den von Medizinern und Volkswirten befürworteten 8 Stundentag nicht sofort erreichen, so werde sie seine schrittweise Einführung — eine halbe Stunde um die andere — erlämpfen. Daß Industrie und Gewerbe auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit vorwärts kämen, zeigten uns die Verhältnisse in Amerika.

Oberbürgermeister **Schnecker** meint, man dürfe diese Frage nicht so theoretisch behandeln. Die Art der Arbeit spiele doch auch eine große Rolle. Es gäbe Arbeiten, die so anstrengend seien, daß auch eine 8stündige Arbeitszeit unter Umständen noch zu lange sei, und andererseits aber Arbeiten, die hauptsächlich darin bestünden, daß sich einer irgendwo aufhalten müsse, sobald hiebei auch ein 10- und mehrstündiger Arbeitstag nicht anstrengend. Die hiesigen Gasarbeiter hätten übrigens zwar eine 12stündige Arbeitsschicht, aber keine 12stündige Arbeitszeit, sondern innerhalb jener Schicht so viel Pausen, daß die eigentliche Arbeitszeit nicht einmal 8 Stunden ausmache. Allerdings könnten sie in den Pausen nicht nach Hause gehen. Man sei bestrebt, den Mißstand zu ändern. Durch die beabsichtigte Einführung von Maschinen zur Beladung und Entladung der Oefen und von senkrechten Retorten würde die Arbeit wesentlich erleichtert, aber auch die Arbeiterzahl auf die Hälfte herabgesetzt werden. Sollte man jetzt den 8 Stundentag einführen, so bräuhete man erheblich mehr Arbeiter, die mit Einführung jener maschinellen Aenderung wieder entlassen werden müßten. Unter diesen Umständen sei es dem Stadtrat zweckmäßig erschienen, zuzuwarten und unter Verbeibaltung der jetzigen Arbeitsdauer eine Lohnerhöhung von 30 % zu gewähren, womit auch die Gasarbeiter einverstanden gewesen seien. Eine Statistik über die Häufigkeit der Erkrankung der Arbeiter habe übrigens ergeben, daß die Feuerarbeiter des Gaswerks weniger oft krank seien, als die in andern Betrieben beschäftigten. Dieses überraschende Ergebnis hänge wohl damit zusammen, daß für den fraglichen Dienst sich nur besonders starke und gesunde Leute melden. Es sei ferner nicht bloß die Qualität der Arbeit, sondern auch die individuelle Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu berücksichtigen. Einen jungen Mann könne man eher etwas mehr anstrengen, während man einem Arbeiter gegen Ende seiner Laufbahn ebenso wie einem älteren Beamten eine seine Arbeitskraft mehr schonende Tätigkeit übertragen solle. (Beifall.)

Stadtv. **Riby** bemerkt persönlich, daß er mit den Ausführungen des Stadtverordneten **Weiß** gar nichts gemein habe. Seine eigenen Ausführungen in der Badischen Landeszeitung enthielten diejenigen Gesichtspunkte, gegen die sich die Sozialdemokratie verschließe.

Hierauf wird der Voranschlag des Gaswerks angenommen. Der Voranschlag des Wasserwerks wird vom Stadtv. **Layh** als Referent des Stadtverordnetenvorstands zur Annahme empfohlen.

Auf eine Anfrage des Stadtv. **Kirchensbauer**, ob bei der glänzenden Rentabilität nicht auch der Wasserpreis herabgesetzt werden könne, erwidert Oberbürgermeister **Schnecker**, daß eine Revision der Wasserbezugsordnung vorgenommen werden solle, sobald die Schwemkanalisation eingerichtet sei.

Dem Wunsche des Stadtv. **Ebelmann**, daß für die Benützung einer Badewanne, die zwar mit Ablauf versehen, aber nicht in dauernder Verbindung mit der Wasserleitung stehe, keine besondere Tage von 6 \mathcal{M} verlangt werden solle, wird vom Vorsitzenden Prüfung zugesichert.

Hierauf gelangt der Voranschlag des Wasserwerks zur Annahme. Zum Voranschlag des Elektrizitätswerks gibt der Referent des Stadtverordneten-Vorstands Stadtv. **Moninger** seiner Freude über die Zunahme des Bezugs Ausdruck, durch welche die Herabsetzung des Preises glänzend gerechtfertigt werde. Dagegen sei das Publikum über den Effekt der elektrischen Beleuchtung der Plätze zum Teil enttäuscht. Es stehe ferner die Miete für die Elektrizitätszähler nicht im richtigen Verhältnis zu dem Anschaffungswert und der Abnutzung der Apparate. Man solle die Elektrizitätsmesser an die Abnehmer verlaufen.

Oberbürgermeister **Schnecker** wiederholt, daß die Herabsetzung des Elektrizitätspreises zwar allerdings eine Zunahme des Konsums bewirkt habe, aber nicht in dem Maße, daß die Preisdifferenz dadurch

ausgeglichen sei. Die Elektrizitätszähler müßten schon der Kontrolle wegen im Eigentum des Werkes bleiben. Von 212 deutschen Elektrizitätswerken hätten nur 2 keine Zählermiete. Vielleicht könne man übrigens ähnlich wie beim Gasbezug die Zähler auch unentgeltlich unter der Voraussetzung des Bezugs eines gewissen Stromquantums zur Verfügung stellen, und, falls dasselbe nicht erreicht werde, Aufzahlung verlangen. Jedenfalls sollte man nicht jetzt schon wieder eine Aenderung der Strombezugsordnung vornehmen. Wichtig sei, daß die elektrischen Lampen auf dem Marktplatz hier und da einen Augenblick versagen. Auf dem Kaiserplatz habe jede Beleuchtung wegen der dort befindlichen Bäume mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Der Direktor des elektrotechnischen Amtes, **Schlebach**, erklärt, die auf den Plätzen verwendeten Lampen seien Effektbogenlampen, die goldgelbes Licht abgeben. Lampen mit einer andern Zusammensetzung der Kohle, die mehr weißes Licht lieferten, kämen probeweise auf dem Marktplatz zur Verwendung.

Stadtv. **Ettlinger** findet, daß namentlich in den Sommermonaten die Zählermiete lästig empfunden werde, da sie unter Umständen mehr betrage, als die Kosten für Strombezug. Gegenüber der erwähnten Statistik, nach der nur 2 deutsche Städte ohne Zählermiete seien, solle Karlsruhe dem Dichterspruch folgen: Ich sei, gewährt mir die Bitte, in euerm Bunde der Dritte. (Große Heiterkeit.)

Hierauf gelangt der Voranschlag des Elektrizitätswerks zur Annahme.

Zum Voranschlag der Rheinhafenkasse bemerkt Stadtv. **Ettlinger** als Referent des Stadtverordnetenvorstands, daß bei der Aufstellung dieses Voranschlags besondere Vorsicht am Platz gewesen sei, weil die meisten Positionen von den Bitterungsverhältnissen abhängig seien. Der Rheinhafen habe eine günstige Entwicklung genommen, wie sich aus dem jüngst erschienenen Jahresbericht des Rheinhafenamtes ergebe. Der Referent zollt der Leitung desselben warme Anerkennung.

Stadtv. **Maier** wünscht die Erstellung einer Baumpflanzung von der Lamehstraße nach dem Rheinhafen. Er fürchtet, daß die Steigung der Honsellstraße durch Aenderung der Bahnanlage in einer für den Fuhrwerksverkehr sehr lästigen Weise erhöht würde.

Oberbürgermeister **Schnecker** verspricht wohlwollende Prüfung des ersten Wunsches des Vorredners und erklärt, daß die Bahn über die Straße geführt werden solle und daß eine Verschlechterung der Niveauverhältnisse der letztern nicht eintreten werde.

Stadtv. **Emele** gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, wie die Stadt das Gelände am Rheinhafen abgebe, nämlich durch Verpachtung. Auf diese Weise soll überhaupt nur noch städtisches Gelände verwertet werden.

Oberbürgermeister **Schnecker** stimmt hinsichtlich des Rheinhafengeländes dem Vorredner zu, da man mit der Verpachtung gute Erfahrungen gemacht habe. Nur dürfe man nicht auf zu kurze Zeit verpachten, wenn wertvolle Gebäude auf dem verpachteten Gelände errichtet werden sollen. Der Aufschwung des Rheinhafens sei im wesentlichen auch der Geschicklichkeit des Direktors zu verdanken, dessen kaufmännische, in keiner Hinsicht bürokratische Verwaltung die besten Erfolge erzielt habe. (Allgemeiner Beifall.)

Nach Annahme des Voranschlags des Rheinhafens gelangt der Voranschlag der Straßenbahn zur Beratung. Der Referent des Stadtverordnetenvorstands, Stadtv. **Moninger**, hofft, daß mit der Entwicklung der Verkehrs die Zuschüsse der Stadtkasse zurückgehen würden, denen übrigens auch die Zuschüsse in den Erneuerungsfonds gegenüberstünden. Die Beiertheimer Linie solle nicht als Sacklinie geführt, sondern in die Hauptlinie eingeleitet werden, um die Frequenz zu heben. In der Karlsstraße sei der 5-Minutenbetrieb an Stelle des projektierten 7 1/2-Minutenbetriebes anzustreben.

Stadtv. **Heller** wünscht, daß abends wenigstens bei dem letzten Wagen der von Durlach nach dem Rheinhafen geht, ein Anhängewagen mitgeführt werde. Der Sommerfahrplan solle überhaupt abends länger ausgebehnt und den im westlichen Teil der Stadt wohnenden Personen Gelegenheit gegeben werden, aus dem Zentrum der Stadt z. B. von Vorträgen noch mit der Straßenbahn nach Hause zu kommen. Wenigstens in Intervallen von 20 Minuten solle der Betrieb im Sommer bis 11 oder 1 1/2 Uhr geführt werden. Es seien ihm ferner Beschwerden darüber zugegangen, daß die Abonnementskarten Rheinhafen—Marktplatz 7 \mathcal{M} 50 \mathcal{S} kosteten und andere Abonnements für eine Teilstrecke z. B. von der Philippstraße bis zum Marktplatz für einen niedrigeren Preis nicht bestünden.

Straßenbahndirektor **Welter** erklärt, daß auch dem Wagen von Durlach nach dem Rheinhafen ein Anhängewagen mitgegeben werde, sobald sich das Bedürfnis zeige. Er sei eben im Auftrag des Stadtrats mit der Frage beschäftigt, ob und mit welchen Kosten überhaupt der Betrieb um eine halbe Stunde verlängert werden könne. Da man aber mit der jetzigen Arbeitszeit der Schaffner und Wagenführer bereits an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sei, sei bei der Verlängerung des Betriebs eine ganz andere Diensterteilung nötig. Ob der letzte vom Bahnhof nach dem Mühlburgertor bzw. dem Schlachthof gehende Wagen nach dem Rheinhafen oder wenigstens der Hardtstraße bzw. nach Durlach ohne zu große Kosten durchgeführt werden könne, solle geprüft werden. Die Einführung weiterer Monatskarten auf anderen Strecken zu 5 \mathcal{M} könne er nicht empfehlen, da sich diese Abonnements nicht nur nicht rentieren, sondern sogar nicht einmal die Selbstkosten der Bahn deckten. (Hört! Hört!) Nach einer Statistik fahren einzelne Abonnenten 18mal am Tag mit der Straßenbahn, und wenn man auch die zugleich Umsteigenden nur einmal rechne, so komme doch eine 5—6malige

Benützung durch jeden Abonnenten heraus, die zumeist auch auf den frequentesten Strecken führen und so die Einstellung von Anhängewagen nötig machten.

Stadtv. Edelmann möchte die Beierthheimer Linie nach dem östlichen Stadteil und nicht nach dem Mühlburtort durchgeführt sehen. In der Karlstraße hätte die Bahn gleich zweigleisig geführt, allerdings auch die Straße gleich in der erforderlichen Breite angelegt werden müssen.

Oberbürgermeister Schneker gibt zu, daß die Karlstraße zu schmal angelegt sei. Die Bauflucht sei aber festgelegt worden, als die Karlstraße noch zu Beierthheimer Gemarkung gehörte und der Protest der Stadt Karlsruhe sei seiner Zeit erfolglos geblieben. Jetzt wollten die Angrenzer zum Teil ihre Vorgärten nicht hergeben. Man müsse voraussichtlich im Wege der Zwangsenteignung vorgehen, die man aber erst beantragen könne, wenn nach Verlegung des Hauptbahnhofes die Karlstraße zu einer Hauptverkehrsstraße sich entwickeln werde. Die bereits genehmigte Weiche könne übrigens auch später bei Einlegung der Doppelgleise Verwendung finden. Die Durchführung der Beierthheimer Wagen nach dem Durlachertor, die schon versuchsweise erfolgt sei, und ebenso die Durchführung der Mühlen Krug-Wagen sei mit den gegenwärtigen Betriebsmitteln unausführbar, da mit Rücksicht auf die im Herbst d. J. stattfindenden Festlichkeiten die Anhängewagen repariert und überhaupt das Wagenmaterial auch äußerlich hergestellt werden müsse. Im Herbst würden die Versuche voraussichtlich fortgesetzt werden.

Stadtv. Gek findet den Voranschlag der Straßenbahnklasse nicht ganz zweifellos, da hiernach die Straßenbahn sich nicht rentiere. Der Reservefonds sei doch aus dem Betrieb herausgewirtschaftet. Hoffentlich halte diese Darstellung des Voranschlags den weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes nicht auf. Notwendig sei auch der Ausbau der Straßenbahn nach Daxlanden, der vom „Mühlen Krug“ über Grünwinkel erfolgen soll. Das vom Stadtv. Baumeister gestern gestellte Verlangen der Aufstellung eines großzügigen Plans für die Erweiterung des Straßenbahnnetzes könne er nur unterstützen. (Zuruf vom Bürgermeisterlich: Geschicht!) Nach den Ausführungen des Straßenbahndirektors über die Leistungen der Straßenbahnschaffner und Führer müsse er verlangen, daß dieses Personal möglichst bald entlastet würde.

Oberbürgermeister Schneker bemerkt zur Rentabilität der Straßenbahn, dieselbe zahle an die Stadtasse eine Miete, durch die das für den Erwerb der Straßenbahn aufgewendete Kapital verzinst und getilgt werde. Wenn seit dem Erwerb der Straßenbahn außerdem 85 000 M an die Stadtasse abgeführt worden seien, so sei dies nur dadurch möglich gewesen, daß in den ersten zwei Jahren nichts zum Erneuerungsfonds beigetragen worden sei, an dessen Bildung man jetzt herantreten müsse.

Das Straßenbahnunternehmen berechtige übrigens zu den besten Hoffnungen; man dürfe daher auch nicht allzu ängstlich mit der Erstellung neuer Linien und einer Verbesserung des Verkehrs sein. Die vorgeschlagene Verbindung von Daxlanden über Grünwinkel halte er nicht für zweckmäßig, da man hierbei mit der Konzeption der Süddeutschen Lokalbahn in Kollision kommen könne. Dem Anlauf der Lokalbahn durch die Stadt stehe aber der von der Gesellschaft geforderte zu hohe Preis entgegen. Eine Verbindung mit Daxlanden unter Benützung der gegenwärtigen Betriebsmittel sei nicht rentabel, da der Verkehr unter Tag geringfügig sei und am Morgen und Abend die Wagen zur Beförderung der Arbeiter nicht reichen würden. Zu einem solchen Verkehr bedürfe man Maschinen, die Arbeiterzüge befördern könnten. Derartige Maschinen gelangten aber erst mit Einrichtung der Rehrichthabfuhr mittels Straßenbahn zur Anschaffung. Man müsse doch auch berücksichtigen, welche Fülle von Arbeiten ein derartiges Projekt bringe, welche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen seien. Man könne doch nicht jetzt in Straßen Gleise legen, die binnen weniger Jahre wegen der infolge der Bahnhofverlegung nötigen Straßenänderungen wieder herausgerissen werden müßten.

Stadtv. Schuhmacher wünscht Einführung des 5 Minutenbetriebs auf der Friedhofslinie, welche Straßenbahndirektor Welter nicht empfehlen kann, da diese Linie bis jetzt höchst unrentabel sei, indem nach den Zählungen die Wagen durchschnittlich nur von 2-4 Personen benützt würden. Die Einführung des 5 Minutenbetriebs anstelle des 10 Minutenbetriebs bedinge aber eine Verdoppelung des Betriebsaufwands.

Stadtv. Frühauf: Die Kritik, die der Bürgerauschuß im vorigen Jahre geübt habe, habe gute Früchte getragen. Der Anschluß am Marktplatz sei verbessert worden, es wäre nur noch zu wünschen, daß die Wagen Durlach-Mühlburg zeitlich genau in die Mitte zwischen die Wagen der grünen und roten Linie fielen. Sodann frage er an, ob für die Motorführer nicht Klappstühle eingeführt werden könnten, die sie wenigstens auf der Strecke-Durlachertor benützen könnten. Ein großes Bedürfnis bestehe auch für die Errichtung von Wartehäuschen, die z. B. in Basel, Frankfurt, Zürich schon bestünden und eine große Annehmlichkeit für das Publikum seien. Besonders der Inselperson auf dem Marktplatz schreie nach einer Ueberdachung. Der Nachtwagenbetrieb bedürfe einer Erweiterung. Vielleicht könne man den Verkehr von 1/10 Uhr etwas einschränken, dagegen ihn etwa bis gegen 12 Uhr, wenigstens für den Verkehr vom Zentrum nach den Außenvierteln, ausdehnen. Wenn der Vorsitzende darauf hingewiesen habe, daß in München der 10 J-Tarif vollständigen Mißerfolg gehabt habe, so möchte er damit noch nicht ein für allemal den 10 J-Tarif als erledigt angesehen wissen. Die Gründe des Mißerfolges in München habe er bisher nicht genügend in Erfahrung bringen können.

Oberbürgermeister Schneker: Die Gründe hierfür seien sehr einfacher Natur, man habe Strecken bis zu einer Stunde für 10 J fahren können, und deshalb seien einfach die Betriebskosten nicht mehr gedeckt worden. So sei es natürlich auch in Karlsruhe unmöglich, etwa für 10 J eine Fahrt von Durlach nach dem Rheinhafen zu leisten. Daß schon die Abonnementskarten die Betriebskosten nicht deckten, sei erwiesen. In der Nacht länger zu fahren, sei zweckmäßig, doch müsse man erst die Kosten, deren Ermittlung nicht leicht sei, kennen. Der Stadtrat habe Erhebungen in dieser Richtung veranlaßt. Jedenfalls reiche das vorhandene Personal nicht aus; eine Erhöhung der Arbeitszeit sei aber nicht möglich, eher sei eine Herabsetzung derselben angezeigt.

Stadtv. Rudi: Er habe gehört, daß die Gleisanlage der künftigen Straßenbahn nach der Südstadt auf dem östlichen Gehweg der Ruppurrerstraße angelegt werden solle, er empfehle die Fahrbahn zu verbreitern, damit diese das Gleis aufnehmen könne.

Oberbürgermeister Schneker: Diese Frage sei geprüft worden, die vorgeschlagene Lösung der Frage sei aber ganz ungewöhnlich. Nach Anlage des neuen Bahnhofes werde die Ruppurrerstraße vom Wagenverkehr entlastet werden, dagegen einen stärkeren Personenverkehr aufnehmen haben. Die Fahrbahn genüge dann vollständig, und vom dem Gehweg könne man auch bei dem erweiterten Personenverkehr einen Teil zur Anlage eines besonderen Bahngleises verwenden.

Stadtv. Dr. Goldschmidt: Der Oberbürgermeister habe zugesagt, man werde die Wagen der Mühlen-Kruglinie nach Beierthheim durchführen. Stadtv. Edelmann habe sich hiergegen gewendet im Interesse der Beierthheimer Linie. Er bitte aber auf alle Fälle, daß die Mühle-Kruglinie, auch wenn sie nicht nach Beierthheim durchgeführt werde doch sonst wie in die Stadt geführt werden solle.

Stadtv. Kern unterstützt die Ausführungen des Stadtv. Frühauf bezüglich der Wartehallen, namentlich sei eine solche am Mühlburtort nötig, auch wünscht er, daß das Rauchen in den Anhängewagen erlaubt werde.

Oberbürgermeister Schneker: Die Errichtung von Wartehallen werde geprüft werden, eine solche sei namentlich am Mühlburtort erforderlich. Auf dem Marktplatz könne eine solche nicht erstellt werden, weil dadurch die ganze Architektur des Platzes gestört werde; da der Verkehr der Wagen dort ein sehr häufiger sei, brauche man dort auch nicht lange warten. Die Frage, ob man das Rauchen in den Anhängewagen gestatten solle, werde verschieden beantwortet. Wenn man immer die Wahl hätte, in den vordern oder in den hintern Wagen einzusteigen, so könnte man dem Vorschlag des Stadtv. Kern entsprechen, so sei es aber nicht, da der hintere Wagen immer erst besetzt werde, wenn der vordere voll sei; das Rauchen sei aber auch noch dann unangenehm, wenn der Raucher den Wagen schon verlassen habe, weil der unangenehme Geruch auch dann noch vorhanden sei. So komme es, daß die Raucher eben für Gestattung des Rauchens, die Nichtraucher aber dagegen seien.

Stadtv. Brandel führt die Unrentabilität der Friedhofslinie darauf zurück, daß diese über den Marktplatz führt, statt durch die Kapellenstraße mit der starkbevölkerten Südstadt verbunden zu sein. Sodann wünscht er, daß in die Straßenbahnkommission ein Arbeiter aufgenommen werde.

Oberbürgermeister Schneker: Eine ortstatutarische Straßenbahnkommission bestimme nicht, es seien nur einige Stadträte zur Vorbereitung der Straßenbahnangelegenheiten bestimmt. Die Verbindung der Friedhofslinie durch die Kapellenstraße mit der Südstadt wäre wohl in mancher Hinsicht zweckmäßig, allein in der Kapellenstraße und in der verlängerten Kriegstraße liege die Lokalbahn, weshalb man dort die Straßenbahn nicht auch noch durchführen könne, besonders nicht zweigleisig. Deshalb bleibe nichts übrig, als die Verbindung mit der Südstadt durch die Kronen- und Adlerstraße zu erreichen.

Stadtv. Schuhmacher schlägt wiederholt den 5-Minutenbetrieb auf der Friedhofslinie vor und ist der Meinung, daß wenn man jetzt die Bahn nicht durch die Kapellenstraße legen könne, man später darauf zurückkommen müsse.

Stadtv. Klauß bittet, die Haltestelle der Straßenbahn von der Hebelstraße nach der Erbprinzenstraße zu verlegen.

Oberbürgermeister Schneker verhält sich hierzu ablehnend, da es nur wenige Schritte von der Erbprinzenstraße nach der Hebelstraße seien.

Stadtv. Baumeister: Bei dem jetzigen Stadtplan sei die Linie von dem neuen Bahnhof durch die Ruppurrerstraße-Kapellenstraße nach dem Friedhof die einzig denkbare, nötigenfalls müsse eben die Kapellenstraße verbreitert werden, was ihm nicht zu schwierig zu sein scheine.

Oberbürgermeister Schneker: Die Hauptschwierigkeit liege nicht in der Kapellenstraße, sondern in der Kriegstraße östlich der Adlerstraße, die von Fuhrwerken sehr stark frequentiert und dabei sehr schmal sei.

Hierauf wird der Voranschlag der Straßenbahn genehmigt.

Ueber den Voranschlag der Verbrauchssteuerklasse berichtete Stadtv. Kern und empfiehlt dessen Annahme.

Stadtv. Will: Seine Fraktion habe jeweils in früheren Jahren Anträge hierzu eingebracht; sie unterlasse dies dieses Jahr mit Rücksicht darauf, daß sie demnächst einen Antrag auf Aufhebung der Wehl- und Fleischverbrauchssteuer beim Stadtrat stellen werden. Wenn gestern gesagt worden sei, daß, wenn die Arbeiter nur Anforderungen machten, ohne selbst etwas zu zahlen, so könne es schließlich dazu kommen, daß diejenigen, die zahlen, einmal „nein“ sagen würden, so müsse er doch sagen, daß zu den Verbrauchssteuern die Arbeiter ganz erheblich bei-

tragen, auch die Erträge der Straßenbahn und des Gastwerks seien zum Teil auf die Verköstigung durch die Arbeiter zurückzuführen.

Oberbürgermeister Schnegler: Auf die Aufhebung der Fleisch- und Weinsteuern werde er erst eingehen, wenn der in Aussicht gestellte Antrag vorliege. Wenn behauptet werde, daß die Arbeiter zu der Rente der Straßenbahn beitragen, so sei doch zu bemerken, daß die Arbeiterwohnenkarten die Betriebskosten der Stadt nicht decken.

Stadtv. Kern: Die Sozialdemokraten behaupten immer, sie allein täten etwas für die Arbeiter, das sei nicht richtig. Die Aufhebung der Fleisch- und Weinsteuern werde eine Erleichterung nicht bringen; das habe sich in Mannheim und in Stuttgart gezeigt. Er sei auch für Lohnverbesserung, jedoch nur soweit, daß die Arbeiter noch leben könnten. Wenn in den Städten immer größere Ansprüche gestellt würden, so sei es nicht zu verwundern, daß auch die Bauern eine Besserstellung erstrebten.

Stadtv. Dr. Goldschmidt: Jahr für Jahr sei bei diesem Gegenstand dieselbe Debatte, eine Verständigung werde aber nicht zu erzielen sein, er stehe auf dem Standpunkt, daß bei den vielen preisbildenden Faktoren eine so mächtige Verbrauchssteuer wie die hiesige nicht in Betracht komme. Wenn Stadtv. Willi sich darüber aufgehalten habe, daß gesagt wurde, die Arbeiter trügen nichts zu den Lasten bei, so sei jene Äußerung so zu verstehen gewesen, daß die Arbeiter immer mehr verlangten und auf der anderen Seite weniger leisteten. Im Jahre 1902 habe die erste Gemeindevähler-Klasse pro Kopf 545 M., die zweite 102 M. und die dritte 9 M. bezahlt. Dagegen sei auf den Kopf der Bevölkerung an Vorkosten der Verbrauchssteuer im selben Jahr ein Betrag von 4.76 M. gekommen, nach dem diesjährigen Voranschlag mache es nur einen Betrag von 2.77 M. aus. Diese indirekten Leistungen seien doch gering gegenüber den direkten Leistungen der zweiten Klasse, von der ersten ganz zu schweigen. Man solle unter diesen Umständen nicht immer mehr fordern und weniger leisten wollen. Sonst käme man dahin, daß einige Wenige der nichtleistenden Klasse alles zu zahlen hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. W. Weiß: Willi haben auf der einen Seite darauf hingewiesen, was die Arbeiter zu den Lasten beitragen, auf der anderen Seite aber deren Entlastung verlangt. Auf der Straßenbahn führen sie unter den Kosten, sie verlangten Aufhebung der Verbrauchssteuern, überall wollten sie ihre Beiträge der Gemeinde entziehen.

Stadtv. Willi: Sie wollten nicht, wie es der Vorredner hingestellt habe, alle Lasten abwälzen; sie wollten nur eine gerechtere Verteilung. Die Zahlen des Stadtv. Goldschmidt wolle er nicht in Zweifel ziehen, müsse aber darauf hinweisen, daß die Arbeiter als Mieter der Steuerzahler der 1. und 2. Klasse diesen die Steuern tragen helfen, und daß die Wohlhabenden die Steuern nicht nur aus dem Ertrag ihrer Arbeit, sondern auch aus dem Ertrag der Arbeit der Arbeiter zahlen.

Nachdem Stadtv. Zinser Schluß der Debatte beantragt und dieser Antrag angenommen worden war, wird der Voranschlag der Verbrauchssteuerklasse genehmigt.

Nach Bemerkungen der Stadtv. Weiß und Goldschmidt zur Geschäftsordnung stimmt die Mehrheit dem Voranschlag des Oberbürgermeisters zu, heute nur noch den Voranschlag der Armenkasse zu beraten, der dann vom Stadtv. Bergmann als Referenten des Stadtkorrespondenten-Vorstands zur Annahme empfohlen wird.

Stadtv. Frey wünscht, daß ein angemessener Beitrag zu den Ferienkolonien eingestellt werde, in welchen arme und bedürftige Schulkinder Erholung finden könnten. Die Heranziehung allgemeiner Steuern zu Wohlthaten Einzelner sei auch auf dem sonstigen Gebiet sozialer Fürsorge angewandt.

Bürgermeister Siegrist erwidert, daß aus der Armenkasse überhaupt keine freiwilligen Leistungen geboten würden, sondern nur das geleistet werde, wozu die Stadt gesetzlich verpflichtet sei. Wenn aber der Herr Vorredner einen Beitrag zu jenem Zweck aus dem Wohltätigkeitsfonds wünsche, so müsse er darauf hinweisen, daß den Ferienkolonien aus diesem Fonds schon bisher Beihilfen gewährt worden seien, und dies auch weiterhin im Falle nachgewiesenen Bedürfnisses geschehen werde. Er freudlicherweise seien die Mittel für die Ferienkolonien bisher durch freiwillige Beiträge wohlthätiger Bevölkerungskreise aufgebracht worden, und dies würde auch für die Zukunft das Wünschenswerte sein. Die Stadtverwaltung werde diese anerkanntswerten Bestrebungen auch weiterhin gerne zu fördern suchen.

Stadtv. Dr. Friedberg erachtet es als Pflicht der Stadtverwaltung, denjenigen zu Hilfe zu kommen, die infolge unverschuldeten Unglücks nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Er finde den von der Stadt dem Frauenverein geleisteten Beitrag etwas gering; es sei ein nobile officium der Stadt, die unter der hochherzigen Leitung Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin stehenden Unternehmungen des Frauenvereins mit reichlicheren Zuwendungen zu bedenken. So solle man auch dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose einen größeren Beitrag geben. Um insbesondere auch die verarmten Armen kennen zu lernen, die früher bessere Tage gesehen hätten, sei es notwendig, die Armenpflege zu reorganisieren, wodurch nebenbei auch noch Ersparnisse erzielt würden. Auch die Kreise der Arbeiter sollten zu Armenpflegern herangezogen werden und ferner auch die Frauen Verwendung finden, die auch sonst wie z. B. bei der Wohnungsinspektion nützlich wirken können.

Oberbürgermeister Schnegler bemerkt, daß eine Reorganisation der Armenpflege im Werke sei.

Bürgermeister Siegrist erklärt, daß die Stadt dem Frauenverein

nicht nur einen Beitrag leiste, sondern eine große Anzahl von Zuschüssen. Es gebe kaum eine Unternehmung des Frauenvereins, die nicht von der Stadt unterstützt würde. Wenn man den Aufwand für die seitens der Stadt den Unternehmungen des Frauenvereins zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten und deren Unterhaltung mitberücksichtige, so habe die Stadt im Jahre 1906 für Unternehmungen des Frauenvereins über 33 000 M. aufgewandt, was doch sicher nicht als eine geringfügige Unterstützung zu bezeichnen sei. Die Stadtverwaltung trage aber gerne zur Förderung der segensreichen und anerkanntswerten Bestrebungen des Frauenvereins insbesondere auf dem Gebiet der Armenpflege und Krankenpflege das ihrige bei.

Stadtv. Weß bittet, den Anregungen des Stadtv. Frey keine Folge zu geben.

Stadtv. Frey erklärt, er habe jene Unterstützung nicht aus der Armenkasse, sondern aus dem Wohltätigkeitsfonds gewünscht.

Hierauf wird der Voranschlag der Armenkasse und des Wohltätigkeitsfonds angenommen und die Sitzung 6.40 Uhr geschlossen.

Voranschlagsberatung im Karlsruher Bürgerauschuß.

Sitzung vom 6. April 1906. (Dritter Tag.)

Beginn nachmittags 3 Uhr.

Anwesend 71 Mitglieder.

Die Sitzung wird durch Bürgermeister Siegrist eröffnet, später übernimmt Oberbürgermeister Schnegler den Vorsitz.

Zur Beratung gelangt zunächst der Voranschlag der Kasse der Verwaltung des Arbeiterversicherungswesens.

Stadtv. Lahh empfiehlt als Referent des Stadtkorrespondenten-Vorstands die Annahme des Voranschlags.

Stadtv. Dr. Friedberg schildert die Bedeutung der sozialen Versicherung, die zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze beitrage. Den Segnungen der Versicherung gegenüber seien auch die versicherten Arbeiter dem Vaterlande Dank schuldig. Der Redner verweist auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Versicherung und gibt zu erwägen, ob nicht auch in Karlsruhe eine zentrale Ortskrankenklasse errichtet werden sollte. Er zählt sodann die Leistungen der hiesigen Ortskrankenklasse auf, die insgesamt 180 000 M. im letzten Jahr betragen hätten. Die Ortskrankenklassen schulden der Stadtverwaltung Dank für die väterliche Fürsorge, die sie seither von dieser erfahren hätten so durch mietfreie Stellung eines Lokals und durch Unterstützung mittelst Darlehen. Da die Stadt jetzt ihre Lokalitäten brauche, müssen die Ortskrankenklassen sich auf eigene Füße stellen. Wenn diese ein eigenes Hausverwaltung bezögen, so sei die Trennung von der städt. Meldestelle möglich und wäre zu wünschen, daß die städtische Meldestelle an die Ortskrankenklassen übergeben. In die städt. Krankenhauskommission solle auch ein Mitglied der Krankenkassenverwaltung mit Rücksicht auf deren Zahlungen für das Krankenhaus berufen werden. Er empfiehlt schließlich der Stadtverwaltung, von der in § 2 Ziffer 4 des Krankenversicherungsgesetzes gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Versicherungspflicht durch Ortsstatut auf die sogen. Hausgewerbetreibenden auszuheben also z. B. auf die Stickerarbeiter für Schneider oder Schuhfabriken; damit werde dieser Bevölkerungsklasse eine große Wohlthat erwiesen.

Bürgermeister Siegrist erklärt, die Stadtverwaltung sei von der Zweckmäßigkeit möglichst naher Beziehungen zwischen Ortskrankenklassen und der Meldestelle überzeugt und werde bei einer etwaigen Verlegung der Verwaltung der Ortskrankenklassen aus dem Rathaus den Wunsch des Vorredners in Erwägung ziehen. Die Berufung eines Mitglieds des Vorstands der Ortskrankenklassen in die Krankenhauskommission könne leicht zu einem Pflichtenkonflikt führen, indem die von ihm vertretene Klasse mit der Krankenhausverwaltung Verträge abzuschließen habe. Uebrigens sei der Wunsch des Vorredners auch dadurch erfüllbar, daß die Klassenmitglieder ein Mitglied der Krankenhauskommission in ihren Vorstand wählten. Bei der letzten Besetzung der Krankenhauskommission sei nur eine Stelle frei gewesen, die man einem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion eingeräumt habe; man nehme auch an, daß dieser die Interessen der versicherten Arbeiter wahren könne. Von einer Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden habe man nur deshalb Umgang genommen, weil früher festgestellt worden sei, daß hier Hausgewerbetreibende nur in verschwindender Anzahl vorhanden seien. Ergeben neuere Feststellungen, daß ein Bedürfnis vorhanden sei, so werde der Stadtrat wohl gerne bereit sein, ein entsprechendes Ortsstatut vorzulegen.

Stadtv. Willi erklärt, daß er keine besondere Veranlassung habe, auf unsere Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, deren Wert er nicht unterschätze, ein Loblied zu singen, wie der Stadtv. Dr. Friedberg; viel wichtiger sei, bessernde Hand an die Mängel dieser Gesetzgebung zu legen. Sei die Existenz des Vaterlands gefährdet, so würde übrigens auch die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die Versicherungsgesetzgebung in jedem Falle für das Vaterland eintreten, wie es ihre Pflicht und Schuldigkeit sei. (Beifall.) Wenn die Arbeiterversicherungskommission und die Krankenhauskommission durch Zugabe von Vertretern der versicherten verstärkt werde, so könne ihm dies nur angenehm sein. Eine Meinungsäußerung der Hausgewerbetreibenden über die Ausdehnung der Versicherungspflicht zu Stande zu bringen, sei wenigstens bei den in dem Schneiderhandwerk Beschäftigten äußerst schwierig. Die Notwendigkeit der Ausdehnung der Versicherungspflicht sei vorhanden, aber nicht nur für das Schneiderhandwerk, wo es sich um 150—200 Leute handle, die in der Hauptsache für andere Geschäftsleute arbeiten; ein ähnliches Verhältnis bestehe nämlich auch in der Schuhbranche, wahrscheinlich auch bei der Papierverwertungs- und Tabakindustrie und der

Militärjattlerei. Bestätigten die zunächst anzustellenden Erhebungen die Notwendigkeit der Einbeziehung der genannten Personen in die Versicherung, so solle man so bald wie möglich das verlangte Ortsstatut schaffen, da jetzt bei Krankheit des Ernährers einer Familie große Not und Elend eintreten könne, vor der der Versicherungszwang bewahre.

Bürgermeister Dr. Forstmann erklärt, daß diejenigen Leute, welche ständig für bestimmte Auftraggeber arbeiteten, unter allen Umständen schon jetzt kraft Gesetzes versicherungspflichtig seien, weil hier ein ständiges Arbeitsverhältnis vorliege; demgegenüber sei unerheblich, wenn sie auch ausnahmsweise für andere Leute Arbeiten ausführten. Es sei übrigens auch geplant, reichsgesetzlich den Versicherungszwang auf die Hausgewerbetreibenden auszudehnen. Bei den hierüber auch hier gesuchten Erhebungen hätten sich die hiesigen Interessenten für den reichsgesetzlichen Versicherungszwang ausgesprochen. Dabei sei allerdings auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, die bei der Durchführung dadurch entstehe, daß man es außer mit dem die Arbeit Vergebenden und dem sie Ausführenden noch mit einer zwischen beiden stehenden Mittelsperson zu tun habe.

Stadtv. Wilhelm Weiß macht darauf aufmerksam, daß jene Personen schon jetzt das Recht der freiwilligen Versicherung hätten, wobei sie allerdings die ganzen Beiträge zahlen müssen. Solange nicht der Bezug der solche Aufträge erteilenden Großindustriellen gewährleistet sei, solle man die Ausdehnung des Versicherungszwangs verschlehen.

Stadtv. Willi meint, man solle nicht abwarten, bis die Reichsgesetzgebung eingreift, sondern hier, wo meist nur mittlere und größere Geschäfte als Arbeitgeber in Betracht kämen, im Wege des Ortsstatuts vorgehen. Obwohl ein Teil der erwähnten Personen bereits der gesetzlichen Versicherung unterworfenen, so gelangten sie doch nur in den seltensten Fällen zur Anmeldung.

Stadtv. Ebelmann weist auf den Widerspruch in der Stellung der Sozialdemokratie hin, deren Vertreter heute hier erklärt habe, die Arbeiterversicherung sei keines Lobes wert und andererseits ausgeführt habe, wie in einer nicht versicherten Familie durch Krankheit große Not und Elend entstehe. (Zuruf: Sehr richtig!)

Bürgermeister Siegrist meint, die Sozialdemokraten machten von den Wohlthaten der Versicherungsgesetzgebung sehr gerne Gebrauch, wollten dieselben aber nicht anerkennen, schon weil ihre Partei seiner Zeit gegen die Versicherungsgesetze gestimmt habe. Wie die Stadtverwaltung auch früher den Versicherungszwang auf die Handlungsgehilfen und städtischen Arbeiter ausgedehnt habe, so werde sie auch jetzt den entsprechenden Anregungen gegenüber eine wohlwollende Stellung einnehmen. Man habe sich auch mit der Frage der Einbeziehung der sogenannten Störrarbeiter z. B. Kundemäherinnen und Schneiderinnen, die von Haus zu Haus arbeiten, beschäftigt und gegenüber dem jetzigen Zustand, bei dem sie nicht einmal freiwillig der Versicherung beitreten könnten, eine Gesetzesänderung angeregt.

Stadtv. Willi weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei gegen die Versicherungsgesetze nur deshalb gestimmt habe, weil diese ihr nicht weit genug gingen und zuviel Mängel hätten; er erinnere nur an das Bismarcksche Wort, ohne die Sozialdemokratie wäre keine Sozialreform gekommen. Er wolle hier nur einen Mangel der Unfallversicherungsgesetzgebung hervorheben, der z. B. zu Ungunsten des Arbeiters von dem sonst maßgebenden Grundsatz abweiche, daß ein jeder für seine Verschulden haftbar sei, indem sie dem durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeiter keinen Anspruch auf vollen Ersatz gegenüber dem für den Unfall verantwortlichen Unternehmer gebe, sondern nur einen Anspruch auf eine zwei Drittel des Arbeitsverdienstes entsprechende Rente.

Bürgermeister Siegrist empfindet lebhaften Zweifel, ob, wenn einmal die Sozialdemokratie allein die Gesetze mache, sie so ausfallen werden, daß niemand mehr etwas daran auszufehen finde.

Nach Genehmigung des Voranschlags der Kasse der Verwaltung des Arbeiterversicherungswezens empfiehlt Stadtv. Weber als Referent den Voranschlag der Betriebskrankenkasse zu genehmigen.

Stadtv. Willi wünscht, daß bei der Betriebskrankenkasse die dem Krankengeld zu Grunde gelegten Lohnsätze sich mehr dem wirklichen Arbeitslohn näherten und für diejenigen Arbeiter, die einen höheren Lohn als 3 M bezögen, eine neue Lohnklasse geschaffen würde.

Gegenüber diesem auch von Stadtv. Wilhelm Weiß unterstützten Vorschlag erklärt Bürgermeister Siegrist, daß hierüber die Betriebskrankenkasse, die bekanntlich eigene Verwaltung habe, selbst einen Beschluß der Generalversammlung herbeiführen könne. Seitens der Stadtverwaltung werde dieser Aenderung jedenfalls nichts in den Weg gelegt werden. Eine Anfrage des Stadtv. Schuhmacher, wie es komme, daß ein Teil des Reservefonds der Betriebskrankenkasse in 3 1/2-prozentigen, der größere Teil aber nur in 3-prozentigen Wertpapieren angelegt sei, erledigt Stadtv. Oberrechnungsrat Weiler durch die Erklärung, daß es sich hier um 3-prozentige Stadtschulden handle, deren Kurs so viel unter Pari beim Ankauf gestanden sei, daß sie sich nicht schlechter rentierten, als die 3 1/2-prozentigen.

Hierauf gelangt der Voranschlag der Betriebskrankenkasse zur Annahme.

Zum Voranschlag der Volksschulen erklärt Bürgermeister Siegrist: Nachdem aus dem Bürgerausschuß der Antrag auf Aufhebung des Schulgeldes für die erweiterte Volksschule gestellt worden war, sei der Stadtrat der Meinung gewesen, daß es nicht angängig sei, das Schulgeld aufzuheben, ohne auch gleichzeitig eine Aenderung der Organisation der Volksschule vorzunehmen. Jetzt bestehe neben der erweiterten Volksschule, für die noch Schulgeld erhoben werde, die einfache Volksschule, für die kein Schulgeld zu bezahlen sei. Mit Aufhebung des letzteren

müßte zugleich auch bestimmt werden, ob beide Schularten nebeneinander weiter bestehen oder etwa die einfache Schule aufgehoben werden solle. Das zunächst erhobene Gutachten des Stadtschulrats habe sich dahin ausgesprochen, daß es dringend wünschenswert sei, auch nach der Aufhebung des Schulgeldes neben der Schule mit erweitertem Lehrplan auch eine Schule mit dem einfachen Normallehrplan beizubehalten. Von der Schulkommission sei dann noch die Ansicht der Lehrer eingeholt worden, die sich überwiegend für Aufhebung der einfachen Schule ausgesprochen hätten. Auf Grund dieser Äußerungen habe dann schließlich der Stadtschulrat ein System vorgeschlagen, wonach die erweiterte Schule die Normalschule bilden sollte, ihr aber Klassen mit einfachem Lehrplan, aber erweitertem Unterricht für diejenigen Kinder angefügt werden sollen, die — erfahrungsgemäß in größerer Anzahl — in der erweiterten Schule nicht fortkämen. In diese Schule sollten dann auch insbesondere diejenigen Kinder Aufnahme finden, die von Landschulen kämen und nur einen einfachen Unterricht genossen hätten. Er hoffe, in kurzer Zeit den Entwurf eines neuen Statuts über das Schulwesen vorlegen zu können. Dabei werde auch die Besserstellung der Lehrer durch die Stadt behandelt werden. Nachdem jetzt dem Landtag eine Gesetzesvorlage unterbreitet sei zur Regelung der vom Staat geleisteten Bezüge, wolle man zunächst die Verabschiedung dieses Gesetzes abwarten. Es handle sich übrigens auch um die Besserstellung der Lehrerinnen, insbesondere auch der an der höheren Mädchenschule und der Industrielehrerinnen, bei welcher letzteren die Anstellungsverhältnisse ganz ungenügend geregelt seien. Er hoffe, daß spätestens im Laufe des Sommers die Lehrergehälter geregelt werden könnten. Damit aber die Lehrer unter der Verzögerung nicht leiden, hoffe er, daß die Aufbesserung mit rückwirkender Kraft auf 1. Januar des laufenden Jahres beschlossen werde. Um dies zu ermöglichen, sei im Voranschlag bereits die Summe von 50 000 M eingestellt worden.

Stadtv. Dr. Goldschmidt empfiehlt die Annahme des Voranschlags der Volksschulen als Referent des geschäftl. Vorstands. Entsprechend dem Wachstum der Stadt sei der Barzuschuß auf 743 895 M gestiegen. Er begreife, daß die Stadtverwaltung vor Feststellung der staatl. Normen der Lehrergehälter die städtischen Bezüge nicht ändern wolle. Wenn aber wider Erwarten der dem Landtag vorliegende Gesetzesentwurf scheitern sollte, so müsse die Stadt trotzdem mit einer Besserstellung ihrer Lehrer vorgehen, wie dies auch in Mannheim geschehen und in Freiburg beachtlich sei. Wenn der Anfangsgehalt von 2100 auf 2400 M, also um 14,3 Proz., und der Höchstgehalt von 3600 auf 4200 M, also um 16,6 Prozent steige, so sei diese Erhöhung angemessen. Wegen der Verteuerung der Lebensverhältnisse sei auch den staatlichen Beamten für später eine Erhöhung ihrer Gehälter um 20 Proz. in Aussicht gestellt. Berechtigt sei es auch insbesondere die Rückwirkung der Besserstellung. Er empfehle auch möglichst günstige Uebergangsbestimmungen, womöglich sofortige Einreihung sämtlicher Lehrer in den Tarif. Auch die Unterlehrer sollten etwas bedacht werden. Reiche die ausgeworfene Summe nicht aus, so werde der Bürgerausschuß den Stadtrat bei einer Ueberstreichung dieser Position um einige tausend Mark nicht tadeln.

Stadtv. Bergmann unterstützt gleichfalls warm die Wünsche der hiesigen Lehrer und Lehrerinnen. Die oft gehörte Behauptung, daß sie nicht unerhebliche Nebenverdienste hätten, sei bei den Volksschullehrern am allerwenigsten zutreffend schon deshalb, weil hier die Gelegenheit infolge zu großer Konkurrenz mangle. Uebrigens sollten die Lehrer auch so gestellt werden, daß sie nicht notwendig hätten, einen beträchtlichen Teil ihrer Kraft Nebenverdiensten zuzuwenden. So viel er gehört habe, solle anlässlich der diesjährigen Jubiläumsfestlichkeiten die Ferien im laufenden Jahr schon am 15. Juli beginnen. Ihm scheine dieser Zeitpunkt auch für die künftigen Jahre geeigneter. Auch in Bayern habe man diese Verlegung vorgenommen.

Bürgermeister Siegrist bezweifelt, ob die Ferien des Jubiläums wegen dieses Jahr am 15. Juli beginnen würden, da die Jubiläumsfestlichkeiten um den 20. September stattfinden. Wichtig sei dagegen, daß in der Schulkommission auf Anregung der Schulärzte beschlossen worden sei, dahin zu wirken, daß die Sommerferien überhaupt auf Mitte Juli vorgezogen werden, wo erfahrungsgemäß die heißeste Zeit beginne und auch die Väter mancher Kinder ihren Urlaub hätten. Der Stadtrat habe beschlossen, sich zunächst mit anderen badischen Städten ins Benehmen zu setzen, um mit diesen den Vorschlag der Ferienverlegung für Volksschulen und Mittelschulen zugleich zu machen.

Stadtv. Maier trägt Bedenken, ob der für das neue Mühlburger Schulhaus in Aussicht genommene Platz der richtige sei. Denselben gegenüber befinde sich die Maschinenfabrik mit 6 großen Schornsteinen, es führe die Bahnlinie nach dem Rheinhafen und der Maxaubahn an dem Platz vorbei, der auch an der Peripherie des betreffenden Ortsteils gelegen sei. Gegen die Wahl dieses den hygienischen Anforderungen nicht entsprechenden Platzes habe sich ihm gegenüber auch ein Mühlburger Lehrer ausgesprochen. Ein früher in Aussicht genommener Platz, der, wie er höre, jetzt zu einer Schule für bessere Knaben bestimmt sei, sei auch für die Volksschule gerade gut genug.

Bürgermeister Siegrist erklärt, daß der Mühlburger Schulhausneubau nicht auf der Tagesordnung stehe, und daß sich dieses Projekt nur verzögern könne, wenn derartige Schwierigkeiten gemacht würden. Die Frage, ob der in Aussicht genommene Platz neben dem alten Schulhaus passend sei, sei nach allen Richtungen hin gehörig geprüft worden. Die Mühlburger seien doch auch mit der Lage des neben jenem Platz befindlichen alten Schulhauses zufrieden. Selbstverständlich werde auch bei der Platzwahl allen gerechten hygienischen Anforderungen Rechnung getragen. Die Entfernung von der Maschinenfabrik sei so

groß, daß eine Belästigung nicht zu befürchten sei. Bei einer Schule in der Kriegstraße, die nicht weiter von der Eisenbahn entfernt sei, seien keine Störungen eingetreten. Nach dem Projekt des Neubaus lägen zudem nach der bezeichneten Richtung hin die Gänge, nicht aber die Schulfälle. Die Wahl des Platzes sei allerdings wegen der geplanten Aenderung der Straßen- und Eisenbahnlinie eine zeitlang fraglich gewesen. Deshalb sei auch ein Platz in der verlängerten Sophienstraße in Aussicht gewesen, der sich gleichfalls eignen würde. Davon, daß dorthin jetzt ein Schulhaus für „bessere Knaben“ kommen solle, wisse er nichts. Auch die Mühlburger Stadträte seien mit der jetzt erfolgten Platzwahl einverstanden gewesen. Obwohl die Existenz einer Schule die Möglichkeit gebe, zu verhindern, daß in unmittelbarer Nachbarschaft eine Fabrik gebaut werde, so könne doch auch späterhin die Errichtung einer solchen in einer Entfernung, in der sich jetzt die Maschinenfabrik befindet, nicht verhindert werden.

Stadtv. Frey wünscht, daß die Bildungsgelegenheiten möglichst vervollständigt und die Lehrer in materieller Beziehung möglichst gut gestellt werden. Die Beseitigung des Schulgeldes für die Volksschule halte er nur für einen Schritt auf dem Wege zu jener Verbilligung überhaupt. Freilich müsse man sich auch hierbei nach den zur Verfügung stehenden Mitteln richten, zumal einerseits ein Ausfall durch Beseitigung des Schulgeldes und andererseits eine Last durch wesentliche Erhöhung der Lehrergehälter entstünde. Zu einer Zeit, wo die Aussichten auf Verbesserung der staatlichen Bezüge der Lehrer wieder recht dunkel seien, solle die Kommune dem Staat mit gutem Beispiel vorangehen. In jenen städtischen Lehranstalten seien im Vergleich zu den staatlichen Musteranstalten sowohl in der Verwaltung als auch in der Einrichtung.

Stadtv. Stehlin wünscht die Ferienverlegung nur dann durchzuführen, wenn sie zugleich auch auf die Mittelschulen Anwendung finden könne. Den in den letzten 30 Jahren gebauten Schulhäusern seien im ganzen 28 Schulräume zu Zwecken der Mittelschulen und Handelsschule entzogen worden. Obwohl auch er die Notwendigkeit der Räume für jene Anstalten einsehe, so sei doch hierdurch in Verbindung mit dem zunehmenden Wachstum der Stadt ein Mangel an Schulräumen entstanden, der nur durch baldige Erstellung der projektierten Neubauten beseitigt werden könnte. Die Schulhäuser seien Anlagen, die reichlich Früchte tragen würden, zumal wenn an ihnen wie hier, Lehrkräfte mit Eifer und Fleiß wirkten, deren erfolgreiche Tätigkeit auch von der Kreisvisitation anerkannt worden sei. Auch auf die leibliche Ausbildung der Jugend werde hier immer ein größerer Wert gelegt, so durch Einführung von Volks- und Jugendspielen und durch unentgeltliche Schwimmkurse im Bierordbad, die durch das sogenannte Rodenschwimmen in den Turnstunden vorbereitet würden. Die Ausdehnung des Schwimmunterrichts auf die Mädchen sei freilich davon abhängig, daß die Stadt eine zweite Schwimmhalle erstelle. Er danke schließlich der Stadtverwaltung dafür, daß sie im letzten Winter einen Kummelplatz für den Eislauf der Schuljugend unentgeltlich zur Verfügung gestellt habe.

Stadtv. Heller erklärt sich für Regelung der Lehrergehälter, wie sie der Stadtv. Frühauß in der Generaldiskussion vorgeschlagen habe. Er frage an, ob die Mühlburger Kinder, die zurzeit die Schillerstraße besuchen müssen, nicht in einer anderen Schule untergebracht werden können. Den Platz, auf den jetzt das projektierte Schulhaus in Mühlburg zu stehen kommen solle, habe er früher schon in Vorschlag gebracht, und er habe sich gestern noch durch Anhörung der Lehrer in Mühlburg vergewissert, daß diese keine Bedenken gegen den in Aussicht genommenen Platz hätten. Stadtv. Maier scheint sich nicht genügend über die Stimmung orientiert zu haben.

Bürgermeister Siegrist: Es sei ihm nicht bekannt, daß Mühlburger Kinder die Schillerstraße besuchten. (Zurufe: Bürgerschüler!)

Stadtv. Maier: Der Platz für die Schule in Mühlburg sei früher, als noch der Wald in der Nähe war, geeignet gewesen, jetzt aber wegen der Nähe der Maschinenfabrik nicht mehr. Diese sei auch nicht etwa 800, sondern höchstens 300 Meter von der Schule entfernt. Gegenüber dem Stadtv. Heller stelle er fest, daß er sich ebenfalls über die Stimmung bezüglich der Geneigtheit des in Aussicht genommenen Platzes vergewissert habe.

Stadtv. Schaufelberger: Er glaube, daß die Entfernung der künftigen Schule von der Maschinenfabrik höchstens 500, nicht aber 800 Meter betrage. Störend werde auch für die Schule die daran vorbeiführende Bahn sein. Man möge die Platzfrage, bevor man weitere Vorarbeiten mache, gründlich prüfen.

Oberbürgermeister Schneckler sagt wiederholte Prüfung zu, bemerkt aber, daß die Frage der Erbauung eines weiteren Schulhauses in Mühlburg nicht auf der Tagesordnung stehe.

Stadtrat Dr. Weiß wünscht Schluß der Debatte über dieses Schulhaus.

Stadtv. Dr. Goldschmit: Die Verlegung der Ferien sei einstimmig von der Schulkommission gewünscht worden, aber gleichmäßig für alle Schulen, Volks- und Mittelschulen, doch möge man vorher noch die Direktoren der Mittelschulen hören. Was sodann das Verhältnis der staatlichen zu den städtischen Mittelschulen anlange, müsse er doch dem Stadtv. Frey fragen, woher er wisse, daß die Leistungen der städtischen Schulen besser seien als die der staatlichen. Die Leistungen des hiesigen Gymnasiums könnten sich neben denen der städtischen Schulen sehr wohl sehen lassen.

Stadtv. Riby: Der Stadtv. Frey ist von dem Stadtv. Goldschmit falsch verstanden worden, er habe nur gemeint, die Einrichtung und die hygienische Ausgestaltung der städtischen Mittelschulen sei besser

als die der staatlichen, und da wolle er doch erwähnen, daß z. B. im hiesigen Gymnasium die Abortverhältnisse derart schlecht seien, daß der Staat hier dringend Abhilfe schaffen sollte.

Stadtv. Frey: Stadtv. Goldschmit habe ihn mißverstanden, er habe nur die Leistungen der Verwaltung und die bessere Einrichtung hervorgehoben, dagegen habe er die Leistungen der Lehrer nicht verglichen.

Stadtv. Dr. Goldschmit: Was die Ausstattung anlange, sei zu beachten, daß das Gymnasium schon 30 Jahre stehe, während die städtischen Mittelschulen neueren Datums seien. Für einen neuen Abortbau im Gymnasium seien Mittel angefordert.

Darauf wird der Voranschlag der Volksschule angenommen. Ebenso wird der Voranschlag der kaufmännischen Fortbildungsschule ohne Debatte genehmigt.

Zum Voranschlag der Gewerbeschule berichtet Stadtv. Bergmann: Infolge des Schulzwanges seien erhebliche Mehrausgaben nötig geworden. Er beantrage deren Bewilligung.

Stadtv. Weiß fragt an, ob in der Gewerbeschule nicht auch der praktische Unterricht in den Werkstätten obligatorisch sei.

Bürgermeister Siegrist: Dies sei nicht der Fall, weil die Werkstätten nicht ausreichten.

Stadtv. Weiß: Er bitte aber darauf bedacht zu sein, diesen Unterricht baldmöglichst obligatorisch einzuführen.

Bürgermeister Siegrist: Es werde dies möglich sein, wenn ein neues Gewerbeschulhaus, in dem die nötigen Werkstätten untergebracht werden könnten, erbaut sei.

Stadtv. Emele regt an, in der Gewerbeschule auch für die Kunst etwas zu tun durch Einrichtung eines öffentlichen Altzeichnens in den Abendstunden, er denke da nicht an den Vorkurs, sondern an den Kostümkurs. Die etwa vorhandenen Bedenken müsse man überwinden, über kurz oder lang werde man bei den Verhältnissen, wie sie namentlich in Karlsruhe lägen, doch dazu kommen, eine solche Einrichtung zu treffen. Sodann empfehle er die Erweiterung der Bibliothek, nicht nur durch Fachliteratur, sondern auch durch Literatur für die allgemeine Bildung. Endlich empfiehlt er statt einer einzigen zentralen Gewerbeschule mehrere Gewerbeschulen in den verschiedenen Stadtteilen zu errichten.

Oberbürgermeister Schneckler erklärt, diese letztere Frage werde erwogen werden, wenn einmal die Ausführung des Neubaus in Frage komme.

Bürgermeister Siegrist sichert den Ausbau der Schülerbibliothek zu. Ueber den Voranschlag der Realschulen berichtet Stadtv. Lah und beantragt Annahme.

Stadtv. Rudi wünscht den einheitlichen Schluß sämtlicher Schulen um 12 Uhr. Der Umstand, daß die Kinder vielfach erst um 1/2 Uhr nach Hause kämen, sei im Haushalt sehr störend, zumal viele Eltern gezwungen seien, zwischen 12 und 1 Uhr zu Mittag zu essen.

Oberbürgermeister Schneckler: Die wiederholte eingehende Prüfung dieser Frage habe ergeben, daß weitaus die Mehrzahl der Professoren, Lehrer und Eltern für Beibehaltung des jetzigen Zustandes seien.

Ueber den Voranschlag des Realgymnasiums berichtet Stadtv. Lah und beantragt Annahme.

Stadtv. Frühauß: Schon voriges Jahr habe er darauf hingewiesen, daß, wenn die Kinder von 8—1 Uhr Schule hätten, sie mittags frei haben sollten. Der Oberbürgermeister habe die Berechtigung dieses Wunsches anerkannt, und erklärt, daß der Nachmittagsunterricht unzulässig sei. Es sei aber immer noch mittags Unterricht. Sodann sei die Anspannung mit häuslichen Arbeiten zu groß, woran wohl die Ueberfüllung der Klassen schuld sei. Dieses Verfahren gehe auf Kosten der Gesundheit der Schüler. Nachmittagsunterricht und zugleich Belastung der Schüler mit häuslichen Arbeiten, seien durchaus zu vermeiden. Er sei aber nicht der Meinung, daß Abhilfe durch eine stärkere Belastung der Lehrer erzielt werden solle, dieselben hätten ohnehin genug zu tun. Dankenswert sei es, daß einzelne Lehrer den Unterricht in Naturwissenschaften zeitweise in das Freie verlegten, man sollte dies unterstützen. Er habe festgestellt, daß die Kinder bis zu 12 Pfund Bücher, Atlanten und andere Schulutensilien mit in die Schule schleppen müßten, das sei für Kinder von 10 Jahren z. B. zu viel. Man könnte durch Aufstellen von Wandchränken in den Korridoren der Schulen helfen. Mit welchen Kniffen er selbst sich in dieser Sache in seiner Jugend geholfen habe, könne er seinen Kindern nicht sagen. (Geisterkeit.)

Bürgermeister Siegrist: Abgesehen von dem letzten Punkt hätte der Stadtv. Frühauß seine Rede im Landtag halten sollen, denn die Stadtverwaltung habe im allgemeinen in den Betrieb der Mittelschulen nicht hineinzureden. Sie habe nur zu bezahlen. Da die Stundenzahl nach den staatlichen Lehrplänen 32—34 Stunden betrage (hört), und man in 6 Vormittagen nur 30 Schulstunden geben könne, so müsse der Rest eben nachmittags gegeben werden. Er sei auch dafür, daß der Nachmittags-Unterricht zu beseitigen sei. Auswärts habe man da und dort die einzelnen Schulstunden bis auf 40 Minuten gekürzt, wodurch es möglich sei, in einem Vormittag 6 Lektionen zu geben. Vielleicht könne auf diese Weise gespart werden. Stukig mache es ihn, daß diejenigen Herren, die andauernd den Nachmittagsunterricht an den Mittelschulen verdammen, gleichzeitig die einfache Volksschule verteidigen, weil sie sie als „Halbtagschule“ bezeichnen, obwohl auch diese nicht eine Halbtagschule sei, sondern Vor- und Nachmittagsunterricht habe. Hausaufgaben zu geben sei nötig, und nach

feinen Erfahrungen seien die Kinder im Realgymnasium damit nicht überlastet und hätten genügend Zeit zum Bummeln. Man müsse in der Jugend doch auch das Arbeiten lernen. Dafür, daß Schulstunden ins Freie verlegt werden könnten, habe man den Stadtpark zur Verfügung gestellt. Er bezweifle, daß es zu erreichen sein werde, daß die Schüler alle ihre Sachen in der Schule lassen könnten, zumal schon jetzt Schwierigkeiten bezüglich derjenigen Gegenstände entstanden seien, die, wie Turnschuhe, in der Schule gelassen würden. Es komme vor, daß die Schüler sich solche gegenseitig wegnähmen.

Oberbürgermeister Schneller: Stadtv. Fröhlich irre sich, wenn er annehme, daß er im vorigen Jahr in Abrede gestellt habe, daß im Realgymnasium Nachmittags-Unterricht stattfinden. Er habe dies damals gesagt und auch davon gesprochen, daß man versuchen sollte, in den Bureaus die englische Arbeitszeit einzuführen; wie bekannt sei, habe man im Rathaus Samstags die Dienststunden auf 8 bis 2 Uhr gelegt und es werde dabei daselbe geleistet, wie bei dem früheren Zustand. (Hört.)

Stadtv. Bergmann: In den unteren Klassen, wo nur 30 Schulstunden vorgezeichnet seien, finde Mittagsunterricht nicht statt, wohl aber in den oberen mit höherer Stundenzahl, doch seien nur Sing-, Turn- und dergl. Stunden auf mittags verlegt.

Stadtv. Claus: wendet sich gegen Bürgermeister Siegrist, der sozusagen der Ueberbürdung das Wort geredet habe. Wenn die Kinder 5 Stunden Schule hätten, und mittags noch bis zu 4 Stunden auf Hausaufgaben verwenden müßten, so sei das zu viel. Die Kinder kämen noch rechtzeitig genug in die Brettmühle des täglichen Lebens.

Stadtv. Dr. Goldschmit: Wenn Kinder von etwa 10—14 Jahren nach fünfjährigem Unterricht noch 4 Stunden Hausarbeit hätten, wie gesagt worden sei, so sei das allerdings zu viel. Wenn aber dieser Fall eintrete, so seien meistens die Kinder schuld. Eine Ueberbürdung sei recht selten. Man ziehe unrichtigerweise aus einzelnen Fällen allgemeine Schlüsse. Die Agitation auf diesem Gebiete sei gefährlich. Wenn man in der Jugend nicht arbeiten lerne, so könne man es im Alter auch nicht. Es werde überall darüber geklagt, daß die Examina schlechter würden, es rühre dies daher, daß man den Kindern einrede, sie seien überbürdet und daß dann die jungen Leute, wenn sie z. B. auf die Hochschule kämen, sich sagten, jetzt wollen wir die Freiheit einmal recht genießen und nichts tun. An dem, was Stadtv. Fröhlich über die Bekleidung der Kinder mit Schulbüchern gesagt habe, hege er gelinde Zweifel.

Stadtv. Dr. Claus: Auf der einen Seite erstrebe man eine Erleichterung dadurch, daß die Abiturientenexamina aller Mittelschulen zu sämtlichen Studien berechtigten, auf der anderen Seite aber könne man sich von der Drossel mit überflüssigen Dingen nicht losreißen.

Stadtv. Dr. Heimburger: Bei uns könne man über Ueberbürdung der Schulkinder nicht klagen. Er habe auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt auch im Verkehr mit Schülern außerhalb der Schule; wenn man einen Schüler nach Ueberbürdung frage, so lache er. Es komme vor, daß junge Lehrer Fehler machten, davon erhielten aber die Direktoren recht bald durch die Schüler oder deren Eltern Kenntnis und sorgten für Abhilfe. Einzelne überbürdete Schüler gebe es überall, nämlich die, welche eigentlich wegen ihrer mangelhaften Begabung nicht in die Mittelschulen hineingehörten. Den Eltern solcher Schüler rate er immer, sie herauszunehmen. Schraube man die Ansprüche herunter, so werde eine noch weniger befähigte Schicht in die Mittelschulen nachgeschoben werden. Er könne feststellen, daß von auswärts kommende Schüler öfters sagten, hier in Karlsruhe sei es besser, weil sie weniger angestrengt seien und besser behandelt würden.

Stadtv. Weiß: Der 8-Studentag und die englische Arbeitszeit seien die Folge des Schlagworts von der Ueberbürdung.

Bürgermeister Siegrist erklärt, er habe nicht der Ueberbürdung, sondern der Arbeit das Wort geredet und weist darauf hin, daß es eben Schüler gebe, die den Lehrern und den Eltern über die Dauer der häuslichen Arbeiten unrichtige Angaben machten.

Oberbürgermeister Schneller: Er teile den Standpunkt der Stadtv. Goldschmit und Heimburger. Die von dem Stadtv. Weiß herangezogene englische Arbeitszeit gehöre nicht hierher. Bei jener handle es sich nur darum, die Zeit der Arbeit richtiger zu legen. Allzu große Sentimentalität bei Bemessung der Arbeit sei nicht am Platz. Infolge großer Arbeit würden nur wenige Menschen zu Schaden kommen, sehr viele aber infolge übermäßiger Vergnügungen und Genüsse. Wenn man, wie es in größeren Städten vielfach geschieht, die Kinder in Theater, Konzerte, Gesellschaften und zu sonstigen Vergnügungen mitnehme, so sei das an der Nervosität schuld. (Bravo.)

Hierauf wird der Voranschlag des Realgymnasiums genehmigt, ebenso, nachdem Stadtv. Lohr Bericht erstattet hatte, ohne Debatte der Voranschlag der höheren Mädchenschule.

Ferner werden debattelos die Voranschläge des Arbeiterunterstützungsfonds, über den Stadtv. Lohr berichtete, und des Krankenhauses, über den Stadtv. Will berichtete, angenommen.

Den Voranschlag des Friedhofes empfiehlt Stadtv. Moninger zur Annahme.

Stadtv. Maier wünscht, daß ein Posten für die Instandsetzung der Leichenhalle auf dem Mühlburger Friedhof vorgesehen werde. Man habe bereits in dieser Angelegenheit bei dem Oberbürgermeister gesprochen. Nachdem einmal beschlossen worden sei, wegen der weiten Entfernung Mühlburgs vom Karlsruher Friedhof den Mühlburger

Friedhof beizubehalten, so müsse man eben auch für eine ordentliche Leichenhalle in Mühlburg sorgen, damit die armen und schlecht wohnenden Leute nicht gezwungen seien, die Leichen 48 Stunden in ihren Wohnungen zu behalten.

Stadtv. Schwaninger regt an, die Angehörigen Verstorbener von dem Ablauf der Verschönerungsfrist der Gräber nicht nur durch öffentliche Bekanntmachung, sondern schriftlich in Kenntnis zu setzen, und am Eingang des Friedhofes eine Orientierungstafel über die Leichenfelder anzubringen.

Bürgermeister Siegrist erklärt, das erstere geschehe neuerdings. Wegen der Ueberfülltheit des Friedhofes seien bisher Klagen nicht eingelaufen, auch liege ein Plan beim Aufseher auf. Man werde aber die Frage der Anbringung einer Orientierungstafel prüfen.

Stadtv. Karher gibt zu, daß die Leichenhalle in Mühlburg primitiv sei, im übrigen stimme er aber mit dem Stadtv. Maier nicht überein. Die Mühlburger hätten herzlich gebeten, den Friedhof in Mühlburg beizubehalten, zumal er die bauliche Entwicklung nicht hindere und noch 40—50 Jahre ausreiche. Die derzeitige Halle werde wegen bevorstehender Veränderung wegfallen müssen. Er danke der Stadtverwaltung namens der ganzen Mühlburger Bevölkerung für die Beibehaltung des Mühlburger Friedhofes.

Oberbürgermeister Schneller freut sich, auch einmal einen dankbaren Mühlburger zu finden. (Große Heiterkeit.) Der Stadtv. Maier habe recht, wenn er sage, daß auch in Mühlburg die Leichen aus den Häusern vor der Beerdigung entfernt werden sollten. Wenn man dies wolle, müsse man aber wie es für die Altstadt geschehen, einen Zwang einführen, denn nur dann würden die Leichen in die Leichenhallen gebracht. Wolle man so weit gehen, dann werde man auch einen dauernden Friedhof in Mühlburg einrichten müssen. Für dessen Anlage und Verwaltung würden aber erhebliche Kosten nötig fallen. Die Frage sei die, ob man einen Zentralfriedhof oder zwei Friedhöfe im Osten und Westen der Stadt errichten solle. Sehe man den Stadtplan an, so sage man auf den ersten Blick, daß es sich empfehle, zwei Friedhöfe zu haben, doch wäre dies nur richtig, wenn alle im Osten Sterbenden im Osten und alle im Westen Sterbenden im Westen beerdigt würden. Dies treffe jedoch nicht zu. Namentlich hätten oft Familiengehörige den Wunsch auf demselben Friedhof wie ihre Angehörigen beerdigt zu werden, auch wenn sie am entgegengesetzten Ende der Stadt wohnten. Die Frage der Mühlburger Leichenhalle werde man prüfen.

Stadtv. Maier: Auch er sei jetzt nicht mehr für Verlegung des Mühlburger Friedhofes nach Karlsruhe. Man habe früher einmal im „Mittleren See“ Gelände für einen neuen Mühlburger Friedhof billig erworben, es aber nicht dazu verwendet und jetzt eigne sich dieses Gelände namentlich mit Rücksicht darauf, daß dort neuerdings Kasernen erstellt wurden, nicht mehr für diesen Zweck. Aber auch anderwärts außerhalb Mühlburgs könnte man einen Platz finden. Ein Mißstand sei, daß auf dem jetzigen Friedhof die Verabschiedung von den Leichen im Freien stattfindet und daß auch hierbei die vorbeifahrende Bahn störe. Wenn der Friedhof noch 40 Jahre ausreiche, dann solle man wenigstens eine einfache Leichenhalle erstellen.

Stadtv. Karher: Von diesen Mißständen sei ihm nichts bekannt geworden, die Beerdigungen würden auch nicht durch die Bahn gestört und bei schlechtem Wetter liefen die Leute einfach von den Beerdigungen weg und ließen den Pfarrer stehen. (Heiterkeit.)

Oberbürgermeister Schneller verspricht Prüfung der vorgebrachten Wünsche.

Den Voranschlag der Stadtkasse empfiehlt Stadtv. Dr. Goldschmit als Referent zur Annahme und verweist den Stadtv. Emle, der eine Vermögensdarstellung gewünscht habe, auf den Rechenschaftsbericht. Er will namens des Bürgerausschusses, die am Anfang der Beratung vom Oberbürgermeister den städtischen Beamten gespendete Anerkennung, insbesondere auch auf den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister ausgedehnt wissen, denen die Stadt für ihre Pflichttreue und umsichtige Geschäftsführung Dank schulde. (Allseitiges Bravo.)

Oberbürgermeister Schneller dankt für die freundliche Anerkennung.

Zur Position Gebühren und öffentliche Einrichtungen fragt Stadtv. Moninger an, wie es mit der Neuordnung des Nichtwesens stehe.

Oberbürgermeister Schneller erwidert: Bekanntlich sollen die Nichtämter verstaatlicht werden. Und zwar solle gerade derjenige Teil des Nichtwesens, der etwas einbringe, auf den Staat übergehen, während der Teil, der Geld koste, wie Nahrung der Fässer der Gemeinde verbleiben solle. Es sei auch eine Nachprüfung periodischer Art bezüglich der Gasmesser vorgesehen gewesen und möglicherweise auch eine Nachprüfung der Elektrizitäts- und Wassermesser. Nach dem bundesrätlichen Entwurf sei den einzelnen Regierungen anheim gegeben gewesen, diese Nachprüfungen zu verlangen. Hiergegen habe sich die hiesige Stadtverwaltung im Verein mit anderen badischen und deutschen Städten mit aller Entschiedenheit gewandt und entsprechende Petitionen an Regierung und Reichstag gerichtet. Die periodische Nachprüfung der Gasmesser, welche die Stadt mit ganz bedeutenden einmaligen und dauernden Kosten belastet hätte, sei abgewendet. Ob und in welcher Weise eine Verstaatlichung der Nichtämter stattfinden, sei noch ungewiß. Der Stadtrat werde selbstverständlich danach streben, das Nichtamt der Stadtgemeinde zu erhalten.

Stadtv. Moninger wünscht, daß die hiesige Nichtamtstafel vergrößert werde, wenn die Nahrung der Fässer der Stadt verbleibe, da die Fässer 4—6 Wochen dort liegen müßten, bis sie geacht würden.

(Fortsetzung im 5. Blatt.)